

Der Vorentwurf zu einem italienischen Strafgesetz (1927) vom forensisch-psychiatrischen Standpunkt aus betrachtet.¹

Von

Dr. Heinrich Herschmann,
Privatdozent an der Universität Wien.

(Eingegangen am 8. Februar 1929.)

Das Erscheinen des italienischen Vorentwurfes zu einem neuen Strafgesetzbuch² gerade in dem Zeitpunkt, da die Strafrechtsreform in Deutschland und Österreich in das entscheidende Stadium der parlamentarischen Beratung gelangt ist, muß zweifellos das größte Interesse der wissenschaftlichen Kreise erwecken. Kommt doch der Vorentwurf aus einem Lande, das auf die Entwicklung der kriminalistischen Wissenschaft wiederholt äußerst befruchtenden Einfluß ausgeübt hat. Auch ist wohl noch das Aufsehen erinnerlich, das der letzte italienische St.G.E. hervorgerufen hat. Bekanntlich hatte dieser Entwurf auf das Schuldprinzip als Grundlage des Strafrechts ganz verzichtet und an seine Stelle das Prinzip der sozialen Verantwortlichkeit gesetzt. Der nunmehr erschienene Vorentwurf kehrt zum Schuldprinzip zurück, ja er betont es sogar weit stärker, als dies etwa der deutsche oder österreichische Entwurf tun. Überhaupt kann darüber, daß der italienische Vorentwurf ein äußerst strenges Gesetz plant, kein Zweifel bestehen. Politische Gründe, vor allem der Gedanke einer möglichst festen Panzerung der Staatsautorität, mögen hierfür maßgebend sein. Jedenfalls wird dieser Vorentwurf überall vom Abschreckungsgedanken beherrscht. Daher die Aufzählung einer ganzen Anzahl neuer strafbarer Tatbestände, die Wiedereinführung der Todesstrafe, die auf richterliche Anordnung auch öffentlich vollzogen werden kann, die häufig geradezu drakonischen Strafsätze, die strengen Bestimmungen über bedingte Strafaussetzung und bedingte Entlassung, schließlich die Anordnung, daß die Untersuchungshaft bloß zur Hälfte in die Strafdauer eingerechnet wird. Bei Gewohnheitsverbrechern, gewerbsmäßigen Verbrechern und bei Verbrechern, die aus Hang zum Verbrechen ihre Tat begangen haben, findet eine Einrechnung der Untersuchungshaft in die Strafe überhaupt nicht statt. Bei diesen drei Kategorien erreicht die Strenge des Gesetzes auch sonst eine Höhe, die einer Vernichtung des Täters häufig gleichkommen wird. Diese

¹ Die deutsche Übersetzung des Vorentwurfs, welche Dr. K. Bunge besorgte, ist im Verlage von Walter de Gruyter & Co. im Jahre 1928 erschienen.

² Der Vorentwurf hat den italienischen Justizminister *de Rocco* zum Verfasser.

wenigen Worte mögen den Geist des vorliegenden Gesetzentwurfs kennzeichnen. Es soll nunmehr in eine Erörterung jener Fragen eingegangen werden, die für den Psychiater besonderes Interesse haben.

I. Bestimmungen über die Zurechnungsfähigkeit.

Mit dem Problem der Zurechnungsfähigkeit beschäftigt sich das 1. Kapitel des 4. Teiles, Artikel 81—86. Die Hauptbestimmungen enthalten die Artikel 81 und 84. Artikel 81 lautet: „Niemand kann wegen einer vom Gesetz als strafbare Handlung vorgesehenen Tat bestraft werden, wenn er im Augenblicke des Begehens derselben nicht zurechnungsfähig war.“

Zurechnungsfähig ist „wer die Einsichts- und Willensfähigkeit hat.“

Dazu verfügt Artikel 84 ergänzend: „Nicht zurechnungsfähig ist, wer sich im Augenblick der Begehung der Tat infolge physischer oder psychischer Erkrankung in einem solchen Geisteszustand befand, daß die Einsichts- oder Willensfähigkeit ausgeschlossen war.“

Diese Bestimmungen sind vollkommen verfehlt. Die Nebeneinanderstellung der physischen und psychischen Krankheitszustände im Artikel 84 ist höchst überflüssig, da physische Krankheiten die Zurechnungsfähigkeit nicht aufheben können; sollten hier die psychopathologischen Begleitzustände physischer Krankheiten gemeint sein, so ist ihre Hervorhebung unnötig, da sie genau so Geisteskrankheiten (Krankheiten des Gehirns) sind, wie die primären psychischen Leiden. Hingegen ist die Aufzählung der biologischen Zustände, welche die Zurechnungsfähigkeit aufheben können, nach anderer Richtung hin unvollständig, da die Zurechnungsfähigkeit anerkanntermaßen auch durch nicht krankhafte Bewußtseinsstörungen aufgehoben werden kann, z. B. bei hochgradiger Schlaftrunkenheit. Da Artikel 84 nur von Erkrankungen spricht, ist es, zumindest nach dem Gesetzeswortlaut, ausgeschlossen, hier den angeborenen Schwachsinn zu subsumieren, der, wenigstens nach der gebräuchlichen Terminologie, nicht als Erkrankung bezeichnet zu werden pflegt, da dieser Ausdruck nach medizinischem Herkommen für pathologische Vorgänge reserviert wird, die eine Veränderung des ursprünglichen Körper- oder Geisteszustandes bewirken. Weiters kommt es bei der Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit nicht auf die Einsichtsfähigkeit, sondern auf die Einsicht selbst an (*Wagner-Jauregg*). Die Zurechnungsfähigkeit muß nach moderner psychiatrischer Auffassung stets in bezug auf die konkrete inkrimierte Tat beurteilt werden; nach dem Wortlaut des italienischen Entwurfs ist es zumindest zweifelhaft, ob das geschehen kann. Vor allem aber wird nirgends erklärt, welche Einsicht der Zurechnungsfähige besitzen muß. Doch offenbar die Einsicht in das Unerlaubte seiner Tat. Möglich, daß man das später so interpretieren wird; das Gesetz jedoch schweigt sich darüber aus. Auch das Kriterium der „Willensfähigkeit“ ist kein geeignetes Merkmal der Zurechnungsfähigkeit. Denn willensfähig ist der Geisteskranke in der Regel auch, ja mitunter

zeigt er sogar eine besondere Aktivität des Willens. Demnach ist auch hier etwas anderes gemeint, als der Wortlaut des Gesetzes zum Ausdruck bringt. Wahrscheinlich soll damit gesagt werden, daß der Wille des Zurechnungsfähigen „frei“, der des Unzurechnungsfähigen aber „unfrei“ ist, eine Unterscheidung, die aber naturwissenschaftlich unrichtig ist. Aus allen diesen Gründen muß die vorgeschlagene Fassung als eine recht unglückliche bezeichnet werden und es hätte dem Vorentwurf gewiß nur zum Vorteil gereicht, wenn sich seine Verfasser für die sog. *Aschaffenburgsche* Formel des deutschen und österreichischen Entwurfs entschieden hätten. Auch *Carrara*¹ ist der Ansicht, daß die Formel nicht glücklich gewählt ist, mit der die psychologischen Bedingungen definiert werden, welche für die Anwendung des Begriffs Zurechnungsfähigkeit nötig sind.

Der Begriff der verminderten Zurechnungsfähigkeit ist dem Vorentwurf nicht fremd; es wird zwar nicht gerade dieser Ausdruck gebraucht, aber es finden sich für Personen, deren Zurechnungsfähigkeit im Augenblick der Begehung der Tat infolge physischer oder psychischer Erkrankung erheblich herabgesetzt war (Artikel 85), besondere Bestimmungen. Es muß bei solchen Tätern die Strafe vermindert werden (Artikel 85), die Strafe wird in besonderen Anstalten vollzogen (Artikel 141, Abs. 2) und es findet nach vollzogener Strafe Überweisung in eine Heil- und Bewahranstalt statt, wenn die auferlegte Strafe ein Jahr Gefängnis übersteigt (Artikel 220, Abs. 1).

Im Gegensatz zu dem deutschen und österreichischen Entwurf ist die Strafmilderung bei verminderter Zurechnungsfähigkeit im italienischen Vorentwurf keine fakultative, sondern eine obligatorische². Diese

¹ *Mario Carrara*: Der Entwurf des italienischen Strafgesetzbuches (1927) vom gerichtsärztlichen und anthropologischen Standpunkt aus betrachtet. Dtsch. Z. gerichtl. Med. **12**, H. 1—3.

² In der Frage, ob die Strafe bei verminderter Zurechnungsfähigkeit obligatorisch oder bloß fakultativ gemildert werden soll, gehen die Ansichten der Autoren bekanntlich auseinander. Ich selbst habe mich mehrfach für die obligatorische Milderung eingesetzt. Eine ausführliche Begründung meines Standpunktes habe ich im Arch. f. Psychiatr. **82**, H. 3 gegeben. Meinen dort vorgebrachten Argumenten hat sich in letzter Zeit u. a. *Francesco Bonfiglio* in seiner Besprechung des italienischen Vorentwurfs angeschlossen.

Ich möchte aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß über das Ausmaß der nach Artikel 85 zu gewährenden Strafmilderung keine Bestimmung vorhanden ist. Es scheint demnach, daß die Annahme der verminderten Zurechnungsfähigkeit gemäß Artikel 85 nur jene Milderung auf das Strafausmaß auszuüben vermag, welche Artikel 66 beim Vorhandensein eines strafmildernden Umstandes zugesteht. Da aber im Artikel 71 bestimmt wird, daß dort, wo strafbejahende und strafmildernde Umstände zusammentreffen, der Richter die Strafe nach jenen Umständen bemessen soll, welche von ihm als überwiegend angesehen werden, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß auch über vermindert Zurechnungsfähige unter Umständen das gewöhnliche, ja sogar ein erhöhtes Ausmaß der Strafe verhängt werden kann.

scheinbare Milde des italienischen Vorentwurfs wird aber reichlich kompensiert durch seinen Artikel 220, dem zufolge sichernde Maßnahmen bei verminderter Zurechnungsfähigkeit obligatorisch angeordnet werden müssen, wenn die Strafe ein Jahr Gefängnis übersteigt, während im deutschen und österreichischen Entwurf die Anwendung sichernder Maßnahmen bei verminderter Zurechnungsfähigkeit eine fakultative ist und nur stattfinden darf, wenn es die öffentliche Sicherheit nach Ansicht des Gerichts erfordert. Außerdem hat der Vorentwurf ganz ersichtlich die Tendenz, die Anwendung des Artikels 85 möglichst einzuschränken, denn die Strafmilderung darf nur eintreten, wenn die Herabsetzung der Zurechnungsfähigkeit eine *erhebliche* ist und durch *krankhafte* Zustände herbeigeführt war. Daß Affektverbrecher auf mildere Behandlung nicht zu zählen haben, wird im Artikel 86 noch ausdrücklich unterstrichen. Es heißt dort: „Die Erregungs- oder Leidenschaftszustände bewirken weder Ausschluß noch Verminderung der Zurechnungsfähigkeit.“ In einem Teil dieser Fälle wird allerdings eine mildere Beurteilung nach Artikel 64 möglich sein. Nach Artikel 64 findet eine Milderung der Strafe statt, wenn das Handeln aus Gründen der Ehre oder aus anderen Beweggründen von besonderem moralischen oder sozialen Wert erfolgte, ferner, wenn die Tat unter dem Einfluß des Zorns, hervorgerufen durch rechtswidriges Tun anderer, oder im Zustande starker Erregung, hervorgerufen durch schweres Unglück, begangen wurde. Somit können Affektverbrecher auf eine mildere Beurteilung nur rechnen, wenn der Grund der Erregung ein moralisch anerkennenswerter ist. Gegen diese Einschränkung ist grundsätzlich nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß die sittliche Beurteilung des Motivs keine engherzige und keine von politischen oder sonstigen Voreingenommenheiten beeinflusste ist.

Völlig unverständlich ist die Bestimmung des Artikels 83 über „selbst hervorgerufenen oder vorberechneten Zustand der Einsichts- oder Willensunfähigkeit“. Nach Artikel 83, Absatz 1 kann derjenige nicht für unzurechnungsfähig erklärt werden, der sich, sei es auch nur fahrlässig, in den Zustand der Einsichts- oder Willensunfähigkeit versetzt hat. Absatz 2 des Artikels 83 verfügt, daß die Strafe zu erhöhen ist, wenn der Zustand der Einsichts- oder Willensunfähigkeit absichtlich zu Zwecken der Begehung der strafbaren Handlung oder zur Vorbereitung einer Rechtfertigung hervorgerufen wurde.

Absichtliche oder fahrlässige Herbeiführung einer die Zurechnungsfähigkeit aufhebenden Geistesstörung ist nur durch Zufuhr von Alkohol oder anderen betäubenden Giftstoffen möglich. Da hinsichtlich dieser beiden Möglichkeiten in den Artikeln 88 und 89 besondere Bestimmungen getroffen werden, ist Artikel 83 wohl ganz überflüssig. Er ist außerdem in sich widersprechend. Denn wenn der Täter sich absichtlich in einen die Einsichts- oder Willensfähigkeit aufhebenden Zustand versetzt, so

kann er doch nicht erwarten, daß er im unzurechnungsfähigen Zustand gerade jene Tat begehen werde, deren Ausführung er vor der Herbeiführung des abnormen seelischen Zustandes plante. Ein Zustand von aufgehobener Einsichts- oder Willensfähigkeit aber, in welchem der Täter gleichwohl imstande sein soll, seine schon vorher bestandenen Absichten planvoll zu Ende zu führen, bedeutet einen — wenigstens für mein Gefühl — unlösbaren psychologischen Widerspruch.

II. Bestimmungen über die Alkoholdelikte und den sonstigen Mißbrauch von Rauschgiften.

Am interessantesten ist hier die Bestimmung, daß die Trunkenheit nur dann als Strafausschließungs- oder Milderungsgrund anerkannt wird, wenn sie durch Zufall oder durch höhere Gewalt hervorgerufen wurde. Artikel 87 bestimmt nämlich: „Nicht zurechnungsfähig ist, wer im Augenblick der Begehung der Tat aus Anlaß völliger Trunkenheit, die durch Zufall oder höhere Gewalt hervorgerufen ist, nicht einsichts- oder willensfähig war.

War die Trunkenheit nicht vollständig, immerhin jedoch derart, daß sie die Zurechnungsfähigkeit erheblich herabsetzt, ohne sie auszuschließen, so wird die Strafe vermindert.“

Dagegen verfügt Artikel 88: „Die nicht aus Zufall oder höherer Gewalt herrührende Trunkenheit bewirkt weder Ausschluß noch Verminderung der Zurechnungsfähigkeit.

Ist die Trunkenheit zu Zwecken der Begehung der strafbaren Handlung oder zur Vorbereitung der Rechtfertigung vorberechnet, wird die Strafe erhöht.“

Daß selbstverschuldete Trunkenheit keinen Strafmilderungsgrund bilden soll, wird heute in der Literatur vielfach verlangt. Auch der deutsche Entwurf vom Jahre 1925 vertrat diesen Standpunkt. Die volle Berausung des Täters hingegen wird, sofern sie nicht in der Absicht auf das Verbrechen zugezogen wurde, sowohl im geltenden deutsch-österreichischen Recht wie auch in allen bisher erschienenen deutsch-österreichischen Entwürfen als Strafausschließungsgrund anerkannt, allerdings mit der Einschränkung, daß die im Zustande der Volltrunkenheit ausgeführten Verbrechen einen eigenen strafbaren Tatbestand darstellen. Der italienische Vorentwurf geht somit wesentlich weiter, wenn er auch den volltrunkenen Täter für sein Delikt in vollem Umfang verantwortlich macht.

Bei Beurteilung dieser Bestimmung wird man sich vor allem vor Augen zu halten haben, daß die Fälle von Trunkenheit infolge von Zufall oder höherer Gewalt numerisch kaum eine besondere Rolle in strafrechtlicher Hinsicht spielen dürften. Gemeint sind hier wohl insbesondere Fälle von Dipsomanie, von qualitativ abnormer Reaktion infolge einer dem Täter nicht bekannt gewesenen Intoleranz, weiters Fälle von Trunkenheit infolge Unkenntnis der berauschenden Wirkung bestimmter

Getränke u. ä. — Hingegen sind die sog. pathologischen Räusche, die deliranten und epileptoiden Alkoholreaktionen, wohl als Geisteskrankheiten im Augenblick der Tat, somit nach Artikel 84 zu beurteilen. Daß die Trunkenheit, wenn sie zu Zwecken der Begehung einer strafbaren Handlung oder zur Vorbereitung einer Rechtfertigung vom Täter absichtlich herbeigeführt wurde, als Straferschwerungsgrund erklärt wird, ist zu begrüßen. In der weitaus überwiegenden Zahl der strafrechtlich in Betracht kommenden Fälle handelt es sich aber weder um eine Trunkenheit durch Zufall oder durch höhere Gewalt, noch auch um eine absichtlich herbeigeführte, sondern um eine fahrlässig entstandene Trunkenheit. Daß auch die fahrlässig hervorgerufene Volltrunkenheit des Täters auf die Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit ohne Einfluß bleiben soll, wird wohl vielen als eine sehr harte Bestimmung und im Widerspruch mit dem Schuldprinzip stehend erscheinen. Es muß den Verfassern des Vorentwurfs zugestanden werden, daß es gegenwärtig um den gesetzlichen Schutz der Öffentlichkeit gegenüber kriminellen Trunkenbolden schlecht bestellt ist. Die meisten auf das Delikt der sog. Volltrunkenheit gesetzten Strafen werden von der Bevölkerung als eine das Rechtsgefühl nicht ausreichend befriedigende Sühne empfunden. Dies ganz besonders dort, wo es sich um bereits vorbestrafte Individuen handelt, welchen ihre Neigung zu kriminellen Handlungen im volltrunkenen Zustande aus früherer Erfahrung bereits bekannt sein mußte. Für derartige Täter hat *Wagner-Jauregg*, meines Erachtens mit vollem Recht, verlangt, daß sie der vollen Strenge des Gesetzes unterworfen werden sollen. Anders steht es aber doch wohl dort, wo es sich um einen Täter handelt, der bis dahin nie straffällig geworden war, der seine Gefährlichkeit im Rausch daher auch nicht voraussehen mußte. Auch in solchen Fällen zu dekretieren, daß die Volltrunkenheit im Augenblick der Tat auf die strafrechtliche Beurteilung ohne Einfluß zu bleiben habe, geht gewiß zu weit. Das Rechtsgefühl der Öffentlichkeit macht übrigens in derartigen Fällen noch eine Unterscheidung, die einer tieferen psychologischen Begründung nicht entbehrt. Bei Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit des volltrunkenen Täters läßt es sich auch von der Schwere des inkriminierten Deliktes beeinflussen. Es fällt uns schwer, Volltrunkenheit als Strafausschließungsgrund anzuerkennen, wenn der volltrunkene Täter ein Kapitaldelikt, etwa einen Totschlag oder eine Brandstiftung, verübt hat. Umgekehrt würde es uns nicht leicht fallen, die volle Strenge des Gesetzes dort walten zu lassen, wo sich ein volltrunkener Täter zu irgendeinem Verbaldelikt hat hinreißen lassen, besonders, wenn auf dieses Verbaldelikt eine hohe Strafe gesetzt ist. Man bedenke in diesem Zusammenhang z. B., daß schon die wörtliche Beleidigung des Regierungschefs nach dem italienischen Vorentwurf gemäß Artikel 285 mit Gefängnis bis zu 12 Jahren bestraft wird, und daß diese Strafe noch erhöht wird, wenn die Beleidigung öffentlich geschehen ist. Vieljährige Gefängnisstrafe für

eine unbedachte Äußerung im Rausche kann wohl auch den extremsten Anhängern der Abschreckungstheorie nicht gerecht erscheinen.

Der Zug zur Strenge, der das hervorstechendste Merkmal des Vorentwurfs bildet, drückt sich auch in den Strafbestimmungen aus, welche auf die Trunkenheit an sich, also auf jene Fälle, wo es zu keiner Verübung einer strafbaren Handlung im trunkenen Zustand kam, gesetzt sind. Artikel 713 bestraft denjenigen, der an öffentlichen oder der Öffentlichkeit zugänglichen Orten oder an einem Ort privater Zusammenkunft, zu dem die Öffentlichkeit Zutritt haben kann, im Zustande der Trunkenheit angetroffen wird, mit Haft bis zu 6 Monaten oder mit Geldbuße von 100—2000 Lire. Wenn die Trunkenheit anwidern (wann wäre sie dies nicht? Verf.) oder gewohnheitsmäßig ist, so beträgt die Strafe Haft von 3 Monaten bis zu 1 Jahr. Hat die betreffende Person bereits eine Verurteilung wegen eines Verbrechens gegen das Leben oder die persönliche Unversehrtheit erlitten, so tritt Haft nicht unter 6 Monaten ein. Nach Artikel 714 trifft denjenigen Haft bis zu 6 Monaten, der an einem der im Artikel 713 bezeichneten Orte eine Person durch Verabreichung alkoholischer Getränke in Trunkenheit versetzt. Die gleiche Strafe hat der Inhaber einer Gastwirtschaft verwirkt, der einem Minderjährigen unter 16 Jahren oder einer augenscheinlich im Zustande der Geisteskrankheit, Geistesschwäche oder Erregtheit befindlichen Person geistige Getränke verabfolgt. Tritt in einem dieser Fälle die Trunkenheit tatsächlich ein, so ist die Strafe zu erhöhen. Drei- bis sechsmonatliche Haft wird demjenigen angedroht, der an eine bereits im Zustande der Trunkenheit befindliche Person Alkohol verabfolgt. Endlich ist der Inhaber einer Gastwirtschaft zur Anzeige an die Behörde verpflichtet, wenn eine Person, die mit Wirtshausverbot belegt ist, sein Lokal aufsucht. Unterlassung dieser Anzeige wird gemäß Artikel 715 mit Haft bis zu 2 Monaten oder mit Geldstrafe von 100—3000 Lire geahndet. Vergleicht man diese Bestimmungen, welche das Entzücken jedes Abstinentenbundes hervorrufen werden, mit den einschlägigen Bestimmungen des deutschen und österreichischen Entwurfs (in Betracht kommen hier vor allem die Artikel 368 und 369), so fällt zunächst auf, daß die öffentliche Trunkenheit im deutschen und österreichischen Entwurf keinen strafbaren Tatbestand darstellt. Auch das Betrunkensemachen einer zweiten Person wird nicht unter Strafe gestellt. Die Verabfolgung geistiger Getränke an Kinder, jedoch nur unter 14 Jahren, sowie an Betrunkene wird zwar bestraft, doch sind die Strafen nicht so hoch wie im italienischen Vorentwurf. Die Zukunft wird lehren, ob die größere Strenge des italienischen Vorentwurfs eine wirksame Prophylaxe der Trunksucht und der Trunkenheitsdelikte auszuüben vermag. Beachtenswert und auch für unser künftiges Strafgesetz verwendbar erscheint mir aber schon jetzt die Bestimmung des italienischen Vorentwurfs, welche den Wirten die Verabfolgung alkoholischer Getränke an Geistes-

krankte, Geistesschwache und im Zustande der Erregtheit befindliche Personen verbietet. Eine Erweiterung des Artikels 369 des deutschen und österreichischen Entwurfs in diesem Sinne würde sich schon jetzt empfehlen. Auch findet es unseren Beifall, daß der italienische Entwurf das Schutzalter für Jugendliche auf 16 Jahre hinaufsetzt. Nicht einverstanden aber kann man sich damit erklären, daß nach dem italienischen Vorentwurf bloß Wirte strafbar sein sollen, wenn sie Minderjährigen unter 16 Jahren Alkohol verabfolgen, während dies andere Personen straflos tun dürfen. Der deutsche und der österreichische Entwurf machen hier mit Recht keinen Unterschied. Hingegen ist es unrichtig, wenn der deutsche und der österreichische Entwurf die Verabfolgung geistiger Getränke an Minderjährige bloß dann unter Strafe stellen, wenn sie gegen Entgelt erfolgt. Hier handelt es sich um eine Verkennung des zu schützenden Rechtsgutes. Nicht der Geldbeutel des Alkohol konsumierenden Jugendlichen, sondern seine Gesundheit ist das zu schützende Rechtsgut. Es ist daher ganz folgerichtig, wenn der italienische Vorentwurf die Alkoholverabreichung an Jugendliche bestraft, gleichgültig ob sie gegen Entgelt oder unentgeltlich geschehen ist.

Im Zusammenhange mit der Alkoholfrage sei auch auf die Bestimmungen hingewiesen, welche sich mit den anderen betäubenden Giften beschäftigen. Die zunehmende Verbreitung der Alkaloidsucht und ihre steigende Bedeutung für die Kriminalität haben dazu geführt, daß sich alle modernen Strafgesetzentwürfe mit diesem Problem beschäftigen müssen. Der italienische Vorentwurf droht im Artikel 755 demjenigen, der an einem öffentlichen oder der Öffentlichkeit zugänglichen Ort im Zustande schwerer geistiger Erregtheit infolge Mißbrauchs betäubender Stoffe betroffen wird, Haft bis zu 6 Monaten oder Geldbuße von 100 bis 2000 Lire an. Für den Arzt, der in solchen Menschen vor allem Kranke erblickt, ist diese Bestimmung recht überraschend. Artikel 755 schließt sich in der Textierung wörtlich dem vorhin erwähnten Artikel 713 (Trunkenheit) an. Es ist aber medizinisch unrichtig, etwa den Cocainrausch dem Alkoholrausch gleichzusetzen. Wer im Cocainrausch getroffen wird, ist wohl unter allen Umständen süchtig, also krank; der vom Alkohol Berauschte kann, muß aber nicht süchtig sein. Statt der im Artikel 755 angedrohten Strafe wäre hier wohl Zwangsbehandlung angezeigt. Begeht nun eine solche Person im Cocainrausch oder ähnlichen Zuständen eine strafbare Handlung, so ist es nach dem Wortlaut des Vorentwurfes äußerst zweifelhaft, ob ein Strafausschließungsgrund vorliegt. Nimmt nämlich der Richter an, daß eine solche Person im Augenblicke der Tat gemäß Artikel 81 und 84 (Fehlen der Einsichts- oder Willensfähigkeit) unzurechnungsfähig war, so steht einem Freispruch eigentlich der Artikel 89 entgegen, welcher bestimmt, daß Artikel 81 und 84 keine Anwendung zu finden haben, wenn sich der Täter selbst, sei es auch nur

fahrlässig, durch den Genuß betäubender Gifte in den Zustand der Einsichts- oder Willensunfähigkeit versetzt hat. Möglicherweise — der Wortlaut des Gesetzes gibt darüber, wie bereits erwähnt, keine klare Auskunft — ist aber in solchen Fällen die Anwendung des Artikels 91 möglich, der bestimmt, daß bei Taten, die im Zustande chronischer Vergiftung infolge von Alkohol oder anderen betäubenden Stoffen ausgeführt wurden, bei Fehlen der Einsichts- oder Willensfähigkeit Unzurechnungsfähigkeit anzunehmen ist. Da der Cocainist, um bei dem gewählten Beispiel zu bleiben, sich im Zustande einer chronischen Vergiftung befindet, die ihn zum neuerlichen Mißbrauch des Alkaloids und damit unter Umständen in den Cocainrausch treibt, so könnte möglicherweise in solchen Fällen ein Freispruch gemäß Artikel 91 erfolgen. Aber, wie gesagt, das alles ist höchst fraglich und es stellt gewiß keinen Vorzug des Vorentwurfs dar, daß er sich in einer so unklaren, Zweifel nicht ausschließenden Weise ausdrückt. Für den Arzt kann es wohl keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß es sich in solchen Fällen um krankhafte Zustände handelt, die in bezug auf die Frage der Zurechnungsfähigkeit nicht anders zu beurteilen sind als andere krankhafte Geisteszustände. Sollte aber, was nach den vorstehenden Ausführungen immerhin sehr leicht möglich wäre, die Anwendung des Artikels 91 nicht zulässig sein, dann müßte sogar eine Erhöhung der Strafe Platz greifen, denn im Artikel 90 wird bestimmt, daß die Strafe zu erhöhen ist, wenn die Tat unter dem Einflusse betäubender Stoffe von jemand begangen wurde, der dem Genuße dieser Gifte ergeben ist, so wie ja nach Artikel 90 die Strafe auch bei Delikten erhöht werden muß, die im Zustande der Trunkenheit von einem Gewohnheitstrinker verübt wurden.

Aus diesen Darlegungen geht wohl hervor, daß darüber, wann Artikel 91 anzuwenden ist, Zweifel bestehen müssen. Völlig unzweifelhaft ist die Anwendbarkeit des Artikels 91 nur dort, wo sich aus dem chronischen Mißbrauch von Alkohol oder anderen Giftstoffen eine längerdauernde Psychose entwickelt hat.

Wenn das Strafgesetz einer Ausbreitung der Alkaloidsucht wirksam entgegenzutreten will, so muß es Bestimmungen gegenüber denjenigen Personen enthalten, welche den Süchtigen das Gift verschaffen. Nach unseren klinischen Erfahrungen können wir feststellen, daß die Süchtigen das Gift auf drei Arten erhalten: durch gewerbsmäßige Schleichhändler, durch Apotheker und durch Vermittlung gewissenloser Ärzte. Was zunächst die letzterwähnte Kategorie der Ärzte anlangt, so kann zur Ehre des ärztlichen Standes festgestellt werden, daß der Bezug des Giftes durch den Süchtigen auf Grund eines „legalen“ ärztlichen Rezeptes glücklicherweise doch zu den Seltenheiten gehört. Immerhin muß die betrübende Tatsache verzeichnet werden, daß sich gelegentlich Ärzte finden, welche, obwohl sie über die Situation ganz im klaren sind, den Süchtigen den Bezug des Giftes durch Ausstellung eines Rezeptes ermöglichen.

Daß dies ein nicht genug zu verurteilender Vorgang ist, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden. Die in solchen Fällen übliche Ausrede, die Verschreibung des Giftes habe erfolgen müssen, um gefährliche Abstinenzerscheinungen zu vermeiden, ist natürlich ganz unstichhaltig. Aus dieser Indikation läßt sich allenfalls eine einzige durch den Arzt an Ort und Stelle verabfolgte Injektion rechtfertigen, niemals aber die Ausstellung eines Rezeptes zum Giftbezug in der Apotheke. Der zweite Weg, auf dem sich Süchtige das Gift zu verschaffen suchen, ist die Fälschung eines ärztlichen Rezeptes. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß sich manche Apotheker über die gesetzlichen Vorschriften, welche hinsichtlich der Ausstellung derartiger Rezepte bestehen, gelegentlich leichtfertig hinwegsetzen; an die bona fides des Apothekers ist auch dort schwer zu glauben, wo der Süchtige fortgesetzt, oft Jahre hindurch, Tag für Tag das Gift in einer für medizinische Zwecke ganz ungewöhnlich großen Menge bezieht. In nicht zu seltenen Fällen läßt sich aber leider feststellen, daß es nicht einmal der Fälschung eines Rezeptes bedarf; auch ohne ärztliche Verschreibung werden die betreffenden Giftstoffe von gewissenlosen Apothekern an die Süchtigen abgegeben. Unsere Erfahrung lehrt uns, daß namentlich der Bezug des Morphiums und chemisch verwandter Körper in Apotheken erfolgt, während hinsichtlich der Beschaffung von Cocain gewöhnlich der dritte Weg, Einkauf beim Schleichhändler, gewählt wird. Daß auch die Prostituierten männlichen und weiblichen Geschlechts an dem Schleichhandel mit Cocain rege beteiligt sind, ist allgemein bekannt.

Der italienische Vorentwurf rückt vor allem dem Schleichhandel mit betäubenden Stoffen energisch an den Leib. Im Artikel 447 wird der heimliche oder betrügerische Handel mit Stoffen von betäubender Wirkung unter Androhung einer Gefängnisstrafe von einem bis zu drei Jahren verboten. Dieser Strafsatz wird erhöht, wenn das Gift an Minderjährige, an geisteskrankte oder geistesschwache Personen oder an Personen, welche dem Genuß von Stoffen mit betäubender Wirkung ergeben sind, geliefert wurde. Nach Artikel 448 wird auch derjenige mit Gefängnis von einem bis zu drei Jahren bestraft, der einen öffentlichen oder privaten Raum zu einer Zusammenkunft Personen überläßt, welche ihn zwecks Genusses von Stoffen mit betäubender Wirkung aufsuchen. Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe von 1000—5000 Lire trifft denjenigen, welcher die erwähnten Räume zwecks Genusses von Stoffen mit betäubender Wirkung aufsucht.

Nach dem Wortlaut des Artikels 447 besteht durchaus die Möglichkeit, ihn nicht allein gegen Schleichhändler mit betäubenden Giften, sondern unter Umständen auch gegen Apotheker anzuwenden, welche den Süchtigen das Gift liefern; Artikel 447 wird gegen einen Apotheker allerdings nur dann angewendet werden können, wenn es nachzuweisen gelingt, daß der Apotheker davon Kenntnis hatte, daß der Ankauf des

Giftstoffes nicht zu therapeutischen Zwecken erfolgte. Dieser Nachweis wird gewiß nicht immer leicht zu erbringen sein. Der Verdacht, daß der Apotheker Kenntnis von der Süchtigkeit des Käufers hatte, ist jedoch überall dort in hohem Grade gegeben, wo der Verkauf des Giftstoffes ohne ärztliche Verschreibung erfolgte. Kann bewiesen werden, daß der Apotheker wußte, daß der Ankauf des betäubenden Stoffes für einen anderen als für einen therapeutischen Zweck erfolgte, dann ist unzweifelhaft der Tatbestand des Artikels 447 gegeben, denn es wäre wirklich nicht einzusehen, warum der Schleichhandel mit Giften milder beurteilt werden soll, wenn er durch einen Apotheker, also durch ein Organ der öffentlichen Gesundheitspflege, erfolgt ist. In den Fällen, in denen es nicht gelingt, nachzuweisen, daß der Apotheker davon Kenntnis hatte, daß der Ankauf des betäubenden Stoffes für einen anderen als für einen therapeutischen Zweck erfolgt, kann Artikel 447 nicht angewendet werden. Manche Fälle werden gleichwohl einer Bestrafung zugeführt werden können, und zwar dann, wenn der Verkauf des Giftes an eine unbekannte Person oder ohne Beachtung der gesetzlichen Vorschriften erfolgte. Für diese Fälle sieht nämlich Artikel 752 Geldbußen bis zu 10 000 Lire vor.

Welche Strafe trifft nun den gewissenlosen Arzt, der entgegen den Regeln der ärztlichen Kunst einem Süchtigen das Gift durch „legal“ ausgestellte Rezepte verschafft? Der italienische Vorentwurf enthält keine Strafdrohung für derartige Fälle, denn der Artikel 447 ist in seinem jetzigen Wortlaut auf solche Fälle leider nicht anzuwenden. Eine entsprechende Erweiterung des Artikels 447 wäre unschwer vorzunehmen; sie müßte von allen ernst denkenden Ärzten beifällig aufgenommen werden.

Ein Vergleich der letztbesprochenen Bestimmungen des italienischen Vorentwurfs mit dem deutschen und österreichischen Entwurf ergibt, daß der Strafschutz gegenüber Schleichhändlern mit betäubenden Stoffen und Apothekern, welche diese Gifte leichtfertig an Süchtige verkaufen, im italienischen Vorentwurf ein viel höherer ist als bei uns. In diesem Punkt können wir die größere Strenge des italienischen Vorentwurfs begrüßen. Gegenüber Ärzten, welche betäubende Giftstoffe für Süchtige verschreiben, fehlt es bei uns ebenso wie im italienischen Vorentwurf an einer Strafbestimmung.

Anhangsweise sei noch erwähnt, daß Artikel 758 des italienischen Vorentwurfs die Verabfolgung von giftigen oder betäubenden Stoffen an Minderjährige unter 16 Jahren auch dann straft, wenn sie durch eine zum Verkauf oder zum Handel mit Arzneistoffen ermächtigte Person erfolgt. Die Strafe tritt selbst in jenen Fällen ein, wo die Verabfolgung des Giftstoffes nach ärztlicher Vorschrift erfolgt. Geldbuße trifft auch denjenigen, der einem Minderjährigen unter 16 Jahren Tabak verkauft oder liefert.

III. Sittlichkeitsdelikte.

Über das Delikt der Notzucht enthält der Vorentwurf folgende Bestimmung:

Artikel 519. „Wer mit Gewalt oder Drohung einen anderen zum Beischlaf zwingt, wird mit Gefängnis von 3 bis zu 10 Jahren bestraft.

Der gleichen Strafe unterliegt, wer mit einer Person geschlechtlich verkehrt, die im Augenblick der Tat:

1. nicht 14 Jahre vollendet hat;
2. nicht 16 Jahre oder, wenn es eine Frau ist, nicht 18 Jahre vollendet hat, sofern der Schuldige ein Verwandter aufsteigender Linie oder der Vormund oder eine andere Person ist, welcher der Minderjährige aus Gründen der Pflege, Erziehung, Unterweisung, Überwachung oder Aufsicht anvertraut ist;
3. geisteskrank oder infolge ihres Zustandes geistiger oder körperlicher Minderwertigkeit, auch wenn diese von der Tat des Schuldigen unabhängig ist, nicht imstande ist, Widerstand zu leisten;
4. in Irrtum versetzt worden ist, weil der Schuldige sich einer anderen Person unterschoben hatte.“

Öffentliche Beamte oder mit einer öffentlichen Dienstleistung Beauftragte, welche mit einer verhafteten oder festgenommenen Person, deren Aufsicht ihnen anvertraut ist, geschlechtlich verkehren, werden gemäß Artikel 520 mit Gefängnis von 2 bis zu 8 Jahren bestraft.

Die Bestimmungen hinsichtlich der Notzuchtsdelikte werden noch durch Artikel 521 ergänzt, der folgenden Wortlaut hat:

„Wer unter Anwendung von Kunstgriffen oder Ausnützung der in den beiden vorigen Artikeln angegebenen Verhältnisse an einem anderen Unzuchtshandlungen außer der geschlechtlichen Vereinigung begeht, unterliegt den in diesen Artikeln bestimmten Strafen, unter Ermäßigung um ein Drittel.“

Bemerkenswert an diesen Bestimmungen ist zunächst der Umstand, daß das Delikt der Notzucht sowohl an männlichen als auch an weiblichen Personen begangen werden kann. Auch sonst ist der Notzuchtsbegriff weiter gefaßt als im deutschen oder österreichischen Entwurf. Nach dem italienischen Vorentwurf beinhaltet jede Drohung, durch die ein anderer zum Geschlechtsverkehr gezwungen wird, das Delikt der Notzucht; nach dem deutschen und österreichischen Entwurf muß es eine Drohung mit *gegenwärtiger* Gefahr für Leib und Leben sein. Zu Artikel 519, Absatz 3 möchte ich eine Kritik vorbringen, welche ich in Übereinstimmung mit *Raimann* und *Hübner* bei anderer Gelegenheit¹ auch an dem deutschen Entwurf geübt habe. Artikel 519, Absatz 3 macht einen Unterschied zwischen Geisteskranken und anderen geistig Minderwertigen.

¹ Psychiatrische Kritik des amtlichen Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches. Arch. f. Psychiatr. 76, 549 (1926).

An letzteren wird das Delikt der Notzucht durch Vornahme des Geschlechtsverkehrs verübt, wenn sie infolge ihrer Minderwertigkeit nicht imstande sind, Widerstand zu leisten. (Hier müßte es richtiger heißen: *ausreichenden* Widerstand zu leisten!) Hinsichtlich der Geisteskranken findet sich diese Einschränkung nicht, so daß nach dem Wortlaut des Vorentwurfs jeder Geschlechtsverkehr mit einer geisteskranken Person das Delikt der Notzucht bildet, was natürlich ganz unhaltbar wäre, selbst wenn sich diese Bestimmung nur auf den außerehelichen Geschlechtsverkehr beziehen sollte. Im Artikel 519 ist aber nirgends davon die Rede, daß sich die Strafdrohung nur gegen Fälle des außerehelichen Geschlechtsverkehrs richtet. Somit beginge, wenn Artikel 519 in dieser Form Gesetz würde, auch der Ehemann, der in Kenntnis der Geisteskrankheit der Gattin mit dieser geschlechtlich verkehrt, das Delikt der Notzucht! Es erscheint daher erforderlich, erstens im Artikel 519 zum Ausdruck zu bringen, daß er sich nur auf den außerehelichen Geschlechtsverkehr bezieht, zweitens im Absatz 3 dieses Artikels zu bestimmen, daß der Geschlechtsverkehr mit einer geisteskranken Person das Delikt der Notzucht nur dann darstellt, wenn diese Person infolge ihrer Psychose außerstande ist, ausreichenden Widerstand zu leisten.

Eine Strafbestimmung gegen den Mißbrauch Abhängiger zum Beischlaf enthält der italienische Vorentwurf nicht. Der deutsche und der österreichische Entwurf bestrafen im § 289 denjenigen, der eine Frau unter Mißbrauch ihrer durch ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis begründeten Abhängigkeit zum außerehelichen Beischlaf nötigt, mit Gefängnis. Ob derartige Schutzbestimmungen tatsächlich etwas zu leisten vermögen, läßt sich natürlich, solange keine praktischen Erfahrungen vorliegen, nicht beurteilen. Der Nachweis des strafbaren Tatbestandes in den hier in Betracht kommenden Fällen wird gewiß ein recht schwieriger sein und die Gefahr, daß derartige Bestimmungen zu Erpressungen mißbraucht werden, ist sicher vorhanden. Trotzdem rechtfertigt der sittliche Gedanke, welcher solchen Bestimmungen zugrunde liegt, ihre Aufnahme in ein modernes Strafgesetzbuch.

Besonderes psychiatrisches Interesse haben die dem Schutze geisteskranker Personen dienenden Bestimmungen der Artikel 524 und 537. Artikel 524 bestraft denjenigen, der eine Person zu Zwecken der Ehe oder der Unzucht entführt, die entweder geisteskrank oder infolge ihres Zustandes geistiger oder körperlicher Minderwertigkeit, auch wenn diese von der Tat des Schuldigen unabhängig ist, irgendwie nicht imstande ist, Widerstand zu leisten. Diese Bestimmung entspricht dem § 276 des deutschen und österreichischen Entwurfs, doch erstreckt sich der Schutz des deutschen und österreichischen Entwurfs nur auf weibliche Personen, der des italienischen Vorentwurfs auf Personen beider Geschlechter. Artikel 537, letzter Absatz, bestraft mit Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe nicht unter 10 000 Lire

denjenigen, der eine Frau unter Mißbrauch ihres mangelhaften geistigen Zustandes verleitet, sich ins Ausland zu begeben, obwohl er weiß, daß sie dort der gewerbsmäßigen Unzucht zugeführt wird. Der gleichen Strafe unterliegt auch derjenige, der unter den erwähnten Umständen die Abreise der geistig defekten Frau fördert. Das Delikt des Frauenhandels liegt nur dann vor, wenn die Verleitete veranlaßt wurde, sich ins Ausland zu begeben. Besser ist wohl die im § 308 des deutschen und österreichischen Entwurfs vorgesehene weitere Fassung des Schutzes. Nach dem deutschen und österreichischen Entwurf ist es nämlich nicht erforderlich, daß die Verleitete veranlaßt wurde, sich ins Ausland zu begeben; es genügt, wenn sie nur überhaupt zum Verlassen ihrer Heimat verleitet wurde.

Dem Geschlechtsschutz der Minderjährigen und Kinder dienen vor allem die bereits besprochenen Artikel 519 und 521. Sie bestrafen den Geschlechtsverkehr und die Vornahme anderweitiger Unzuchtshandlungen an Personen unter 14 Jahren. Diese Altersgrenze erfährt gemäß Artikel 519 eine Hinaufsetzung, wenn der Schuldige ein Verwandter aufsteigender Linie, ein Vormund oder eine sonstige Aufsichtsperson ist. Weiters finden sich Strafbestimmungen für denjenigen, der eine Person unter 14 Jahren zu unzüchtigen Zwecken entführt (Artikel 524) oder der eine Person zwischen 14 und 21 Jahren zu demselben Zweck gewaltsam entführt (Artikel 523) oder Minderjährige der gewerbsmäßigen Unzucht zugeführt (Artikel 534) oder Minderjährige veranlaßt, sich ins Ausland zu begeben, obwohl er weiß, daß sie dort der gewerbsmäßigen Unzucht zugeführt werden (Artikel 537). Schließlich dient dem Schutze der Jugendlichen noch Artikel 533. Er droht Gefängnisstrafe von 2 bis zu 5 Jahren demjenigen an, der, abgesehen von den in den Artikeln 519 und 521 angeführten Fällen, Unzuchtshandlungen an einer Person unter 16 Jahren oder in ihrer Gegenwart begeht, oder sie zu solcher Begehung veranlaßt.

Das Delikt der Blutschande wird im Artikel 564 behandelt. Blutschande kann mit Verwandten auf- und absteigender Linie, mit Geschwistern, sowie mit Verschwägerten in gerader Linie begangen werden. Der deutsche und der österreichische Entwurf kennen eine Blutschande mit Verschwägerten nicht. Dagegen strafen sie die Blutschande mit einem Verwandten absteigender Linie weit strenger als mit einem Verwandten aufsteigender Linie. Diese im italienischen Vorentwurf nicht enthaltene Unterscheidung ist psychologisch begründet. Nach dem deutschen und österreichischen Entwurf wird die zur Blutschande verführte Person nicht bestraft, wenn sie noch nicht 18 Jahre alt ist. Der italienische Vorentwurf straft auch in solchen Fällen, obwohl sie nur Mitleid, aber keine Strafe verdienen.

Nach dem deutschen und österreichischen Entwurf liegt Blutschande nur dann vor, wenn es zum Beischlaf zwischen den Verwandten gekommen ist. Andere Unzuchtshandlungen werden nur bestraft, wenn

sie mit einem minderjährigen Verwandten absteigender Linie ausgeführt wurden (§ 291). Die Strafe trifft aber stets nur den Aszendenten. Ob der italienische Vorentwurf, wie es dem Sprachgebrauch entspricht, unter Blutschande nur den Beischlaf oder auch anderweitige Unzuchthandlungen versteht, geht aus dem Gesetzestext nicht hervor. Knaben unter 16, Mädchen unter 18 Jahren sind jedenfalls schon durch Artikel 521 gegenüber unzüchtigen Angriffen ihrer Aszendenten geschützt. Für die Altersstufe zwischen 16 und 21 Jahren bei Männern, bzw. zwischen 18 und 21 Jahren bei Frauen, scheint keine unserem § 291 entsprechende Bestimmung vorgesehen zu sein.

Das Delikt der Unzucht mit Tieren kennt der italienische Vorentwurf nicht. Warum dieses Delikt, nachdem es bereits in früheren Entwürfen beseitigt war, im letzten deutschen und österreichischen Entwurf wieder seine Auferstehung feiern mußte, ist nicht recht zu begreifen.

Gleichgeschlechtliche Beziehungen werden nach dem Vorentwurf in den Fällen des Artikels 519 bzw. 521 als Notzucht bestraft, sonst unterliegen sie einer Bestrafung nach Artikel 528 nur dann, wenn durch die Tat ein öffentliches Ärgernis entstanden ist. Die Strafe wird in solchen Fällen erhöht, erstens, wenn der über 21 Jahre alte Schuldige die Tat mit einer Person unter 18 Jahren beging, zweitens, wenn die Tat gewohnheitsmäßig oder aus Gewinnsucht begangen wurde.

Gegen die letzte Bestimmung kann eingewendet werden, daß die „gewöhnheitsmäßige“ Begehung homosexueller Akte in der Regel nur ein Beweis für die abnorme Veranlagung des Täters ist, mithin nicht als straferschwerender Umstand gewertet werden darf. Im übrigen ist der italienische Vorentwurf bezüglich der homosexuellen Delikte weitaus besser als der Vorschlag des deutschen oder österreichischen Entwurfs. Diese Behauptung muß in einer psychiatrischen Zeitschrift wohl nicht erst begründet werden. Zu vermissen ist höchstens eine dem § 297, Absatz 2 des deutschen und österreichischen Entwurfs entsprechende Strafdrohung gegen denjenigen, der eine durch ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis begründete Abhängigkeit zur Herbeiführung gleichgeschlechtlicher Beziehungen mißbraucht.

IV. Bestimmungen über die Delikte jugendlicher Personen.

Vor vollendetem 14. Lebensjahre ist jede Bestrafung gemäß Artikel 93 unzulässig. An dieses Alter der absoluten Strafunmündigkeit schließt sich ein Alter der relativen Strafmündigkeit an. Nach Artikel 94 bringt der Richter gegenüber demjenigen, welcher im Augenblicke der Tat 14 Jahre, aber noch nicht 18 Jahre vollendet hatte, die Strafe *oder* eine Sicherungsmaßnahme zur Anwendung, je nachdem ob der Minderjährige zurechnungsfähig ist oder nicht. Im Falle einer Verurteilung wird die Strafe vermindert. Der Richter kann anordnen (Artikel 227),

daß der Jugendliche nach verbüßter Strafe in einer gerichtlichen Besserungsanstalt untergebracht oder unter Aufsicht gestellt werde. Die Minimaldauer der Unterbringung in einer gerichtlichen Besserungsanstalt beträgt ein Jahr (Artikel 225). Wenn der Richter bei einem Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren von einer Strafe abgesehen und auf Abgabe in eine gerichtliche Besserungsanstalt erkannt hat und es sich um ein Delikt handelt, auf welches Todesstrafe, Dauerzuchthaus oder Gefängnis nicht unter drei Jahren gesetzt ist, so beträgt die Dauer der Unterbringung in der gerichtlichen Besserungsanstalt mindestens fünf Jahre (Artikel 226). Wenn der Täter, der ein Verbrechen begangen hat, im Augenblicke der Tat das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte und er gefährlich ist, ordnet der Richter unter besonderer Berücksichtigung der Schwere der Tat und des Familienkreises, in welchem der Minderjährige gelebt hat, an, daß der schuldige Minderjährige in eine gerichtliche Besserungsanstalt oder unter Aufsicht gestellt werde. Die Dauer der Unterbringung in der Besserungsanstalt beträgt auch hier wenigstens 5 Jahre, wenn die Tat vom Gesetz mit einer wenigstens dreijährigen Gefängnisstrafe oder aber noch schwereren Sühne bedroht ist (Artikel 226). Befand sich aber der noch nicht 14jährige Täter im Augenblick der Begehung der Tat infolge Geisteskrankheit oder Taubstummheit in einem Zustande, in welchem seine Einsichts- oder Willensfähigkeit ausgeschlossen war, dann ist er nach den für erwachsene unzurechnungsfähige Verbrecher im Artikel 223 vorgesehenen Bestimmungen zu behandeln und je nach der Schwere seiner Tat entweder in einer gerichtlichen Irrenanstalt oder in einer besonderen Abteilung der allgemeinen Irrenanstalten unterzubringen.

Mit dem Strafvollzug an Minderjährigen befaßt sich Artikel 142. „Minderjährige verbüßen bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres die Freiheitsstrafen in Anstalten, welche von den für Erwachsene bestimmten getrennt sind, oder in besonderen Abteilungen dieser Anstalten; während der nicht zur Arbeit bestimmten Stunden wird ihnen ein Unterricht zuteil, der vorwiegend auf den sittlichen Wiederaufbau gerichtet ist.“

Mit den bisher angeführten Bestimmungen über die Behandlung der jugendlichen Rechtsbrecher wird man sich einverstanden erklären können. Bedenklich erscheint dagegen die Vorschrift des Artikels 142, Absatz 4. Nach dieser Bestimmung wird ein minderjähriger Verurteilter, der während der Freiheitsstrafe das 18. Lebensjahr vollendet hat, in eine für Erwachsene bestimmte Strafanstalt überführt, wenn der zu verbüßende Strafreist mehr als zwei Jahre beträgt. Durch diese Zusatzbestimmung würde der Zweck der ganzen Maßregel zerstört werden. Es hat wohl gar keinen Sinn, einen minderjährigen Verurteilten erst vor dem schädlichen Einfluß einer aus erwachsenen Verbrechern bestehenden Umgebung ängstlich zu bewahren, wenn man am Ende der Strafe diesem Einfluß, den man mit Recht fürchtet, von Gesetzes wegen Tür und Tor

öffnet. Maßgebend für den Ort der Unterbringung darf nur das Alter im Zeitpunkt der Begehung der Tat sein. Allenfalls schaffe man je nach dem Alter der Sträflinge verschiedene Unterabteilungen in den für minderjährige Verbrecher bestimmten Strafanstalten.

Wenn man verstehen will, was die Verfasser des Vorentwurfs mit der Bestimmung des Artikels 142, Absatz 4 bezwecken wollten, so muß man sich vor Augen halten, daß der Vorentwurf auch die minderjährigen Verbrecher bereits mit so langen Freiheitsstrafen bedroht, daß ihre Verbüßung sich dann allerdings bis ins reife Mannesalter hinziehen wird. So werden z. B. Verbrecher im Alter von 14—18 Jahren, wenn sie ein Delikt, auf welches sonst Todesstrafe gesetzt ist, begangen haben, mit Gefängnis von 24—30 Jahren bestraft! Es könnte somit ein Kind von 14 Jahren unter Umständen mit 30jährigem Gefängnis bestraft werden! Das sind Strafsätze, welche modernen Ansichten über die Behandlung jugendlicher Verbrecher gewiß nicht entsprechen. Nach dem geltenden deutschen Strafgesetz können Jugendliche höchstens zu 15 jährigem Gefängnis verurteilt werden. Die Gefängnisstatistik lehrt, daß schon Freiheitsstrafen in dieser Dauer von Jugendlichen fast nie überstanden werden. In Österreich wurde die Höchstdauer der Gefängnisstrafe bei Jugendlichen mit 10 Jahren festgesetzt.

Genau so wie es verfehlt erscheint, jugendliche Verurteilte nach vollendetem 21. Lebensjahr in die allgemeine Strafanstalt zu versetzen, ist es natürlich auch höchst bedenklich, wenn im Artikel 225, Absatz 2 bestimmt wird, daß Minderjährige, die in einer gerichtlichen Besserungsanstalt untergebracht sind, nach Vollendung ihres 21. Lebensjahres an eine Landkolonie oder ein Arbeitshaus überwiesen werden können. Landkolonie und Arbeitshaus sind die Detentionsorte für die erwachsenen Gewohnheitsverbrecher. Wird der minderjährige Insasse einer gerichtlichen Besserungsanstalt nach vollendetem 21. Lebensjahr in die Gesellschaft dieser Personen gebracht, dann geht gewiß alles verloren, was bei ihm bis dahin an Besserung allenfalls erreicht worden ist.

Eine Bestimmung, die modernen Geist zu atmen *scheint*, enthält der Artikel 170, welcher von der gerichtlichen Verzeihung für Minderjährige unter 18 Jahren handelt. Artikel 170 lautet: „Wenn für das von dem Minderjährigen unter 18 Jahren begangene Vergehen das Gesetz eine die persönliche Freiheit beschränkende Strafe nicht über 6 Monate oder eine Vermögensstrafe nicht über 5000 Lire, auch in Verbindung mit genannter Strafe, festsetzt, kann der Richter von der Eröffnung des Hauptverfahrens abstehe, soweit er . . . annimmt, daß der Schuldige sich der Begehung weiterer strafbarer Handlungen enthalten wird.“

Findet das Hauptverfahren statt, kann der Richter in dem Urteil aus den gleichen Gründen von dem Ausspruch einer Verurteilung abstehe.“

Die gerichtliche Verzeihung kann nicht mehr als einmal gewährt werden. Sie kann auch nicht erfolgen, wenn der Beschuldigte wegen

eines Verbrechens bereits vorbestraft ist, ferner wenn die Tat gewohnheits- oder gewerbsmäßig oder aus Hang begangen worden ist.

Die Absicht, welche den Verfassern des Artikels 170 vorschwebte, ist höchst anerkennenswert. Schade nur, daß es den Verfassern an Mut gebrach, ihre Absicht auch wirklich auszuführen, so daß sie auf halbem Wege stehen blieben. Es ist zu befürchten, daß Artikel 170 in der gegenwärtigen Fassung keinen Nutzen stiften kann. Dadurch nämlich, daß Artikel 170 nur auf Delikte Anwendung finden darf, für welche das Strafgesetz eine höchstens 6 monatliche Freiheitsstrafe festsetzt, wird der Wert der ganzen Maßregel aufgehoben. Bei den hohen Strafsätzen des Vorentwurfs wird es unmöglich sein, Artikel 170 gerade bei den typischen Delikten der Jugendlichen zur Anwendung zu bringen. Einige Beispiele mögen dies dartun: Für Diebstahl wird Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren, für Raub Gefängnis von 3 bis zu 10 Jahren festgesetzt. Bei der Brandstiftung beträgt die Strafe 3—7 Jahre, bei der Notzucht 3—10 Jahre Gefängnis. Für Körperverletzung wird Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren angedroht. Die Beleidigung eines Religionsbekenntnisses wird mit Gefängnis von 1 bis zu 3 Jahren, die Anstiftung zum Ungehorsam gegen die Gesetze mit Gefängnis von 1 bis zu 5 Jahren geahndet. Wer die verfassungsmäßigen Errichtungen beschimpft, hat eine Gefängnisstrafe von 1 bis zu 6 Jahren verwirkt. Diese Beispiele, welche noch beliebig fortgesetzt werden könnten, beweisen, daß Artikel 170 höchstens bei Übertretungen wird angewendet werden können, die man anderwärts der polizeilichen Ahndung überläßt. Die typischen Delikte der Jugendlichen aber, welche die Folge des gerade bei dieser Altersstufe so mächtig entwickelten Trieblebens sind, können der Wohltat des Artikels 170 ebensowenig teilhaftig werden, wie jene Delikte, welche durch den Mangel der Hemmungen und der bei Erwachsenen gewöhnlich voraussetzenden Erfahrung entstehen. Bleibt die erwähnte Beschränkung aufrecht, so ist Artikel 170 ein Aufputz ohne ernstere Bedeutung.

V. Bestimmungen über den Strafvollzug.

Hier sei zunächst nochmals auf die Bestimmungen über die Einrechnung der Untersuchungshaft in die Strafdauer hingewiesen. Nach Artikel 137 kann die vor der Rechtskraft des Urteils erlittene Haft von der Gesamtdauer der zeitigen Freiheitsstrafe in Abzug gebracht werden. Zwingend vorgeschrieben wird der Abzug der Untersuchungshaft nur dort, wo das Urteil bloß auf Geldstrafe lautet. Bei Gewohnheitsverbrechern, gewerbsmäßigen Verbrechern oder Verbrechern aus Hang findet ein Abzug der Untersuchungshaft von der Dauer der Strafe nicht statt. Wenn der Abzug erfolgt, werden zwei Tage der Untersuchungshaft einem Tag der Freiheitsstrafe gleichgerechnet.

Darüber, wann die Untersuchungshaft abgerechnet werden soll, enthält der Gesetzentwurf keine Bestimmung. Es entscheidet somit der

Richter souverän auf Grund seines freien Ermessens, wodurch die Gefahr einer sehr ungleichmäßigen Behandlung gegeben ist. Es besteht weiters die Möglichkeit, um nicht zu sagen die Gefahr, daß diese den modernen Anschauungen über die Einrechnung der Untersuchungshaft ins Gesicht schlagende Bestimmung zu Mißbräuchen führen, dazu verwendet werden kann, auf dem Wege der Verlängerung der Untersuchungshaft eine vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte Erhöhung des Strafmaßes ins Gesetz einzuschmuggeln. Es widerspricht außerdem jeder Gerechtigkeit, den Verurteilten für nicht von ihm herbeigeführte Verzögerungen in der Beweisaufnahme während der Voruntersuchung zu strafen. Etwa für zu geringen Eifer des Untersuchungsrichters den Täter zu strafen, ist geradezu eine Justizgroteske.

Im Artikel 141 sind besondere Anstalten für den Strafvollzug an bestimmten Kategorien von Verurteilten vorgesehen, und zwar 1. für Gewohnheitsverbrecher, gewerbsmäßige Verbrecher oder Verbrecher aus Hang, und 2. für Personen, die wegen schwerer geistiger Erkrankung, Taubstummheit oder dauernder Vergiftung durch Alkohol oder betäubende Stoffe zu einer verminderten Strafe verurteilt sind, ferner für Gewohnheitstrinker und Personen, welche dem Genusse betäubender Stoffe ergeben sind. In den zu Ziffer 2 bezeichneten Anstalten werden die Verurteilten nötigenfalls auch einem Heilverfahren unterworfen.

Daß Personen, welche infolge ihrer psychischen Beschaffenheit für den normalen Strafvollzug ungeeignet sind, in besonderen Anstalten oder Abteilungen untergebracht werden sollen, wird heute in der Theorie überall anerkannt, stellenweise auch bereits praktisch durchgeführt. Hingegen ist nicht einzusehen, warum hier gleich zwei verschiedene Anstaltstypen geschaffen werden sollen. Außerdem kann für die Einweisung in eine derartige Anstalt nur das Kriterium der verminderten Straferstehungsfähigkeit maßgebend sein. Daß jemand Gewohnheitsverbrecher, Verbrecher aus Hang (über diese Kategorie wird noch einiges zu sagen sein) oder Gewohnheitstrinker ist, macht ihn noch nicht für den normalen Strafvollzug ungeeignet. Hingegen berücksichtigt Artikel 141 bloß jene kriminellen Psychopathen, die gemäß Artikel 85 zu einer verminderten Strafe verurteilt wurden; durch diese zu enge Fassung würde bewirkt werden, daß ein großer Teil der Psychopathen mit verminderter Straferstehungsfähigkeit im gewöhnlichen Strafvollzug verbleiben müßte, was aus den verschiedensten Gründen bedauerlich wäre. Recht befremdlich für unser Gefühl ist die Bestimmung des Artikels 141, welche über den Strafvollzug an Personen „mit schwerer geistiger Erkrankung“ handelt. Daß ein Strafvollzug an solchen Personen überhaupt stattfinden soll, erweckt die peinliche Erinnerung an jene Zeiten, in welchen man Geisteskranke und Verbrecher zusammensperrte. Die Ansicht, daß diese Zeiten bereits endgültig überwunden wären, erweist sich mithin leider als verfrüht.

. In den letzten Jahren wurde vielfach gefordert, den Strafrichter zu den Aufgaben des Strafvollzuges heranzuziehen. Es wurde, nicht mit Unrecht, bemängelt, daß die Richter Strafen verhängen, von deren Wirkung auf den Verurteilten sie keine Kenntnis besitzen. Es ist daher auch verlangt worden, daß jeder Richter vor Zulassung zum Strafrichteramt eine bestimmte Zeit in Strafanstalten Dienst gemacht haben soll. Artikel 144 des Vorentwurfs bestimmt, daß der Richter die Vollstreckung der Freiheitsstrafe zu überwachen hat. Er verfügt über Disziplinarmittel im Strafvollzug, regelt die Beschäftigung der Häftlinge und weist Personen, auf welche die Bestimmungen des Artikels 141 zutreffen, den in diesem Artikel vorgesehenen besonderen Anstalten zu. Außerdem „berichtet“ er über die Zulassung zur bedingten Entlassung. Diese Bestimmung ist mir nicht klar geworden. (Ich habe den Verdacht, daß hier ein Übersetzungsfehler vorliegt.) Wem ist zu berichten und wer hat über die bedingte Entlassung zu entscheiden?

Die Bestimmungen über die bedingte Entlassung sind im Artikel 176 enthalten. Sie sind keineswegs geeignet, uns auch nur halbwegs zufriedenzustellen. Artikel 176, Absatz 1 lautet: „Der zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 5 Jahren Verurteilte, der die Hälfte der Strafe oder mindestens dreiviertel, wenn er rückfällig ist, verbüßt und dauernde Beweise guten Verhaltens gegeben hat, kann zur bedingten Entlassung zugelassen werden, wenn der Rest der Strafe 5 Jahre nicht übersteigt.“

Die bedingte Entlassung *kann* gewährt werden; einen Anspruch auf vorzeitige Entlassung erwirbt der Gefangene auch bei vorzüglicher Führung nicht. Nicht verständlich ist, warum die bedingte Entlassung nur bei Strafen, die 5 Jahre übersteigen, gewährt werden kann. Das würde dazu führen, daß unter Umständen eine Verurteilung zu kürzerer Strafe die größere Härte bedeuten könnte. Wer beispielsweise zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, kann bei guter Führung schon nach 3 Jahren die Freiheit erlangen; hat dagegen das Urteil auf Gefängnisstrafe in der Dauer von 4 Jahren gelautet, so muß diese Strafe bis zu Ende vollzogen werden. Die Beschränkung, daß keinesfalls mehr als 5 Jahre von der Strafdauer nachgelassen werden, würde sich bei den langfristigen Gefängnisstrafen in sehr harter Weise geltend machen. Eine bedingte Entlassung bei der lebenslänglichen Strafe ist überhaupt nicht vorgesehen. Auch dem Absatz 3 des Artikels 176 kann nicht zugestimmt werden. Dieser Absatz bestimmt nämlich, daß die bedingte Entlassung nicht gewährt werden darf, wenn der Verurteilte nach der Strafe einer freiheitsentziehenden Sicherungsmaßnahme unterstellt werden muß. Es ist nicht einzusehen, warum dem Gefangenen in einem derartigen Falle die Chance, durch tadellose Führung eine Abkürzung der Strafe herbeizuführen, genommen werden soll. Man möchte im Gegenteil glauben, daß gerade dort, wo sich an die Strafe ohnedies noch eine weitere Internierung anschließt, eine bedingte Entlassung aus der Strafe leichter gewährt werden

kann, da bei Fortbestand der sozialen Gefährlichkeit des Verurteilten für den Schutz der Gesellschaft durch die Sicherungsmaßnahme ohnedies bereits ausreichend gesorgt ist. Auch widerspricht die Bestimmung des Artikels 176, Absatz 3 durchaus dem Gedanken, welcher den sichernden Maßnahmen zugrunde liegt. Die sichernden Maßnahmen bezwecken ja keine Bestrafung des Täters. Durch Artikel 176, Absatz 3 bekämen sie aber die Bedeutung einer Strafmaßregel, was die ganze Institution der sichernden Maßnahmen zu diskreditieren geeignet wäre.

Durch die Bestimmung, daß die bedingte vorzeitige Entlassung aus der Strafe dort unmöglich sein soll, wo nach der Strafe eine freiheitsentziehende Sicherungsmaßnahme anzuwenden ist, wird die im Artikel 85 vorgesehene obligatorische Strafmilderung bei verminderter Zurechnungsfähigkeit nahezu aufgehoben. Da nämlich, wie bereits erwähnt wurde, im Artikel 220 bestimmt wird, daß die gemäß Artikel 85 milder zu bestrafenden vermindert Zurechnungsfähigen nach Verbüßung ihrer Strafe, wenn diese 1 Jahr Gefängnis übersteigt, einer Heil- und Bewahrungsanstalt zu überstellen sind, so ergibt sich, daß bedingte Straferlassung bei den vermindert Zurechnungsfähigen ausgeschlossen ist, abgesehen von den Fällen, wo die Strafe weniger als 1 Jahr Gefängnis beträgt. Daß dadurch die Strafmilderung nach Artikel 85 so ziemlich wieder aufgehoben wird, ist klar und für den Geist des Vorentwurfes charakteristisch. Fast überall, wo eine Bestimmung zugunsten des Täters lautet, wird sie durch irgendeine andere Stelle des Gesetzes derogiert.

Hinsichtlich der sog. bedingten Strafaussetzung unterscheidet sich der italienische Vorentwurf nicht wesentlich von den Strafgesetzentwürfen anderer Staaten. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind in den Artikeln 165 und 166 enthalten. Diese Strafaussetzung ist bei Personen, welche noch keine Verurteilung wegen eines Verbrechens erlitten haben, möglich, wenn der Richter nach der Beschaffenheit der Tat und der Persönlichkeit des Täters annimmt, daß sich der Angeklagte weiterer strafbarer Handlungen enthalten werde. Bedingte Strafaussetzung darf nur dort gewährt werden, wo die verhängte Strafe weniger als ein Jahr Gefängnis beträgt. Bloß bei Minderjährigen unter 18 Jahren können auch Strafen bis zu 18 Monaten bedingt ausgesetzt werden.

Nicht zulässig ist die bedingte Strafaussetzung bei Gewohnheitsverbrechern, gewerbsmäßigen Verbrechern, sowie bei Verbrechern aus Hang, weiters dort, wo neben der auferlegten Strafe eine Sicherungsmaßnahme anzuordnen ist, außer wenn es sich um eine Person handelt, die wegen Geistesschwäche, Taubstummheit oder Alters unter 18 Jahren zu einer verminderten Strafe verurteilt ist. Letztere Bestimmung kehrt sich vor allem gegen die Alkoholiker unter den Verbrechern. Eine sehr vernünftige Bestimmung enthält der Artikel 167. Die bedingte Strafaussetzung wird hier von der Erfüllung verschiedener Verpflichtungen seitens des Verurteilten abhängig gemacht, vor allem von der Wieder-

gutmachung des angerichteten Schadens, falls diese möglich ist. Auch andere Verpflichtungen können dem Verurteilten auferlegt werden, z. B. das sog. Wirtshausverbot, das Verbot des Aufenthalts in bestimmten Ortschaften u. ä.

Die Bestimmung, daß bei den Verbrechern „aus Hang“ keine bedingte Aussetzung der Strafe erlaubt sein soll, ist ebenso verfehlt wie alle übrigen Bestimmungen des Entwurfs, welche sich auf diese Tätergruppe beziehen. Unter den Verbrechern aus Hang sind jene Verbrecher zu verstehen, welche ihre Taten infolge eines krankhaften Triebes oder infolge krankhafter Steigerung eines an sich normalen Triebes begehen. Diese Menschen, die man auch als Verbrecher „aus Instinkt“ zu bezeichnen pflegt, stellen eine Kategorie dar, die ziemlich weit in den Bereich des seelisch Kranken hineinragt, weshalb die Frage, ob und in welcher Form eine Bestrafung dieser Rechtsbrecher zulässig sein soll, ein altes Problem der gerichtlichen Psychiatrie darstellt. Die Wiener Schule — ich meine hier vor allem *Wagner-Jauregg* und *Raimann* — hat sich, meines Erachtens mit Recht, auf den Standpunkt gestellt, daß der Gesetzgeber aus praktischen Gründen auf eine Ahndung der aus krankhaften Trieben begangenen Verbrechen nicht verzichten kann¹. Dabei hat man sich allerdings nicht vorgestellt, daß die Instinktverbrecher so behandelt werden sollen, wie das der italienische Vorentwurf plant.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vorentwurfs über die Instinktverbrecher sind folgende: Wird bei dem Schuldigen ein „naturnatürlicher Hang zum Verbrechen“ festgestellt, so ist gemäß Artikel 104 die Strafe zu verdoppeln. Beträgt die verwirkte Strafe mehr als 15 Jahre Gefängnis, so tritt an ihre Stelle lebenslängliche Zuchthausstrafe. Eine Einrechnung der Untersuchungshaft findet bei Verbrechern aus Hang, wie bereits erwähnt wurde, nicht statt. Auch gibt es bei dieser Kategorie weder eine bedingte Entlassung aus der Strafe noch eine bedingte Aussetzung der Strafe. Dagegen ist der Verbrecher aus Hang gemäß Artikel 217 nach verbüßter Strafe in eine Landkolonie oder in ein Arbeitshaus zu überstellen, wo er, wie im Artikel 218 verfügt wird, mindestens *fünf* Jahre zu bleiben hat. Das bedeutet, daß die Internierung des Instinktverbrechers ceteris paribus unter Umständen das Vierfache der „normalen“ Strafdauer betragen kann. Wer beispielsweise zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wird, kann bei guter Führung im Wege der bedingten Entlassung nach 2 Jahren und 6 Monaten die Freiheit erlangen. Wird aber über jemand, der zum Verbrecher aus Hang erklärt wurde, eine fünfjährige Gefängnisstrafe verhängt, so ist zunächst diese Strafe bis zum

¹ Eine Begründung dieses Standpunktes fällt nicht in den Rahmen der vorliegenden Arbeit. Die Frage wurde ausführlich von *Wagner-Jauregg* im *Hofmann-Haberdaschen* Lehrbuch der gerichtlichen Medizin behandelt; vgl. hierzu ferner *Wagner-Jauregg*: „Über krankhafte Triebhandlungen.“ *Wien. klin. Wschr.* 1912, 11; *Raimann*: „Die krankhaften Triebe im neuen Strafgesetz.“ *Wien. med. Wschr.* 1928, Nr 28 u. 34.

letzten Tage zu vollziehen und daran schließt sich noch eine wenigstens 5jährige Anhaltung in einer Landkolonie oder in einem Arbeitshaus, so daß der Verurteilte *frühestens* nach 10 Jahren die Freiheit wieder erlangen kann. Es ist schon vorhin dargelegt worden, daß es vollkommen unberechtigt ist, die bedingte vorzeitige Entlassung aus der Strafhaft grundsätzlich zu verweigern, wenn sich an die Strafverbüßung eine freiheitsentziehende Maßnahme anzuschließen hat. Im Gegenteil, die bedingte Straferlassung könnte um so eher dort gewährt werden, wo der sozialen Gefährlichkeit des Verurteilten durch eine nachfolgende Sicherungsmaßnahme begegnet wird. Es ist somit ganz unbillig, die Verbrecher aus Hang von der Möglichkeit der bedingten Straferlassung von vornherein auszuschließen. Dasselbe gilt natürlich auch von der bedingten Strafaussetzung. Gerade bei vielen Instinktverbrechern könnte eine bedingt verhängte Strafe, wie dies von *Raimann*¹ richtig bemerkt wurde, häufig die richtigste Maßnahme sein. Auch andere Autoren treten für eine bedingte Verurteilung der Triebverbrecher in Verbindung mit sichernden Maßnahmen ein. Ich verweise hier nur auf das, was kürzlich *Charlot Strasser* hinsichtlich der exhibitionistischen Sittlichkeitsverbrecher geschrieben hat². *Strasser* fand unter den Exhibitionisten, die man sicherlich als Verbrecher aus Hang bezeichnen muß, Rückfall in 72% der Täter vor, wenn die Strafe vollzogen wurde. Dagegen betrug dort, wo nur eine bedingte Strafe verhängt wurde und sich eine ärztliche Behandlung an die bedingte Verurteilung anschloß oder dieser vorausging, die Zahl der Rückfälligen nur 7%. *Strasser* sagt: „Diese Zahlen sprechen doch außerordentlich stark gegen den einfachen schematischen Strafvollzug, wohl aber zeigen sie, welche Bedeutung die ärztliche Behandlung in sich trägt, gar, wenn sie vom Strafrichter durch die bedingte Verurteilung mit Weisung (zur ärztlichen Behandlung) unterstützt wird.“ Auch wir sind der Ansicht, daß die bedingte Entlassung und die bedingte Strafaussetzung in Verbindung mit entsprechenden sichernden Maßnahmen die ideale Behandlung der Verbrecher aus Hang darstellt. Was schließlich die Nichteinrechnung der Untersuchungshaft bei den Verbrechern aus Hang betrifft, so scheint uns die betreffende Gesetzesstelle jeder Begründung zu ermangeln.

Eine Behandlung der Instinktverbrecher, wie sie im italienischen Vorentwurf gedacht ist, wird man unter allen Umständen ablehnen müssen, gleichgültig, ob man den Ansichten der älteren klassischen oder der neueren positivistischen Strafrechtsschule zuneigt. Im ersteren Falle wird man dem Instinktverbrecher aus dem Titel der geringeren moralischen Verantwortlichkeit eine mildere Strafe zubilligen müssen, im letzteren Falle wird man die Bestrafung der Instinktverbrecher wenn schon

¹ l. c.

² *Straßer, Charlot*: Psychiatrie und Strafrecht. S. 160. Zürich: Polygraphischer Verlag A. G. 1927.

nicht ganz ablehnen, so doch sehr wesentlich zugunsten sichernder Maßnahmen einschränken müssen. Der Vorschlag des Vorentwurfs hingegen, der dahin geht, die Instinktverbrecher erst doppelt so schwer zu strafen und sie nachher noch durch vieljährige Sicherungsverwahrung zu treffen, ist vom Standpunkt keiner Strafrechtsschule aus verständlich.

In der Tat sehen wir, daß selbst ein so maßvoller Beurteiler wie *Carrara*¹ diesen Teil des Vorentwurfs vollständig ablehnt. Er schreibt: „Ich gebe mich keiner Täuschung hin, daß der Entwurf mit der Annahme dieser anthropologischen Auffassung (gemeint ist hier die Aufstellung des Begriffes „Verbrecher aus Hang“. Verf.) eine positivistische Richtung eingeschlagen habe, wie sie in dem Strafgesetzbuch von *Ferri* aus dem Jahre 1921 zu finden ist. Vielmehr ist der Entwurf noch auf den Begriff der moralischen Verantwortlichkeit aufgepflocht. Der Verbrecher aus Instinkt wird mit einer Strafe belegt, die doppelt so groß ist als jene, wie sie für ähnliche von anderen Kriminellen begangene Verbrechen vorgesehen ist. Das ist in der Tat eine ganz widerspruchsvolle Behandlung.“

Die letzte für den Psychiater wichtige Bestimmung über den Strafvollzug ist im Artikel 148 enthalten, welcher anordnet, was im Falle der geistigen Erkrankung eines Verurteilten zu geschehen hat. Erkrankt der Verurteilte vor Beginn des Strafvollzuges, so wird die Strafe einstweilen verschoben, erkrankt der Verurteilte während des Strafvollzuges, so wird die Strafe ausgesetzt. In beiden Fällen wird der Verurteilte an eine gerichtliche Irrenanstalt abgegeben; nur wenn die verhängte Strafe weniger als 3 Jahre Gefängnis oder Haft beträgt und es sich nicht um eine Person handelt, die gewohnheits- oder gewerbsmäßig Verbrechen oder Übertretungen verübt oder Verbrecher aus Hang ist, kann der Verurteilte statt an eine gerichtliche Irrenanstalt auch an eine allgemeine Irrenanstalt abgegeben werden. In Fällen leichter geistiger Erkrankung kann die Strafe zeitweilig unterbrochen und der Verurteilte für die Dauer der Unterbrechung in einer Heil- und Bewahranstalt untergebracht werden.

Was wir hier vermissen, ist eine Bestimmung über die Einrechnung der in einer Irrenanstalt verbrachten Zeit in die Strafdauer, falls sich die Überstellung in die Irrenanstalt erst während des Strafvollzuges notwendig erwiesen hat. Ob eine solche Einrechnung stattfindet oder nicht, kann aus dem Gesetzestext, der hier wieder eine seiner mehrfach gerügten Unklarheiten zeigt, nicht entnommen werden. Man vergleiche hiezu die eindeutige Bestimmung des Entwurfs des deutschen Strafvollzugsgesetzes. Dort heißt es im § 218, Absatz 3: „Wird ein geisteskranker Gefangener in eine von der Anstalt getrennte Krankenanstalt gebracht, so darf die Vollstreckung nicht unterbrochen werden.“ Wir wollen auf jeden Fall unseren Standpunkt in dieser Frage dahin präzisieren, daß

¹ l. c.

unseres Erachtens die Einrechnung in die Strafe stattfinden soll. Erkrankt nämlich ein Gefangener während des Strafvollzugs an einer Psychose, so können wir zumindest nicht ausschließen, daß die Strafverbüßung den Ausbruch der Psychose gefördert und so eine Wirkung der Strafe hervorgebracht hat, die der Gesetzgeber nicht herbeiführen wollte, die über das gewünschte Maß der Vergeltung hinausgeht. Schon dieser Umstand allein gibt dem Verurteilten in solchen Fällen Anspruch auf Teilnahme und eine gewisse Milde. Außerdem ist ein derartiger Verurteilter auch nach Heilung seiner Psychose in der Regel nur vermindert strafeerstehungsfähig, so daß eine Milderung der Strafe notwendig erscheint, um nicht neuerliche geistige Erkrankung und damit abermals vom Gesetzgeber nicht gewollte Wirkungen der Strafe zu erzeugen.

VI. Maßnahmen der Besserung und Sicherung.

Die sichernden Maßnahmen, soweit sie minderjährige Täter betreffen, wurden zum größten Teil bereits im IV. Abschnitt besprochen. Hier sollen daher hauptsächlich nur jene sichernden Maßnahmen erörtert werden, welche auf volljährige Täter anzuwenden sind. Der Hang zur Umständlichkeit, einer der hervorstechendsten Mängel des Vorentwurfs, tritt fast nirgends so stark zum Vorschein wie in den überaus komplizierten Bestimmungen über die sichernden Maßnahmen.

Die sichernden Maßnahmen zerfallen in persönliche und in vermögensrechtliche. Für den Psychiater haben nur die ersteren Interesse. Sie gliedern sich nach Artikel 216 in freiheitsentziehende und nicht freiheitsentziehende. Letztere sind: Stellung unter Aufsicht, Aufenthaltsverbot für bestimmte Gemeinden oder Provinzen, Wirtshausverbot, Schließung eines Geschäftsbetriebes, Ausweisung eines Fremden aus dem Staatsgebiet.

Die Stellung unter Aufsicht, welche mindestens 1 Jahr zu dauern hat, wird bei bedingter Entlassung aus der Strafhaft, bei Entlassung aus einer Landkolonie oder einem Arbeitshaus, sowie nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe, die mehr als 10 Jahre gedauert hat, obligatorisch angeordnet; sie kann jedoch bereits bei jeder Verurteilung zu einer mehr als einjährigen Gefängnisstrafe angeordnet werden (Artikel 231 und 232). Den unter Aufsicht gestellten Personen können eigene Bindungen auferlegt werden, so die Verpflichtung, ständig einer Arbeit nachzugehen, das Verbot des Aufenthaltes außerhalb der eigenen Wohnung zu nächtlicher Zeit, das Verbot des Besuches von Wirtshäusern und Ausschänken, das Verbot sich gewohnheitsmäßig übelbeurteilten Personen anzuschließen, das Verbot des Aufenthaltes in der Gemeinde, in der die strafbare Handlung begangen wurde, und in derjenigen, wo der Verletzte wohnt (Artikel 230). Bei Übertretungen dieser Verbote kann der Richter andere sichernde Maßnahmen zur Anwendung bringen, darunter die Überweisung an eine Landkolonie oder ein Arbeitshaus (Artikel 233). Von

psychiatrischem Interesse ist der Artikel 234. Es heißt dort, daß eine Person, die infolge geistiger Erkrankung nicht zurechnungsfähig ist oder Verurteilung zu einer verminderten Strafe erleidet, unter Aufsicht nur dann gestellt werden darf, wenn sie Verwandten oder anderen Personen oder sozialen Fürsorgeinstituten anvertraut werden kann. Ist dies nicht möglich, so ist Unterbringung in einer gerichtlichen Irrenanstalt oder in einer Heil- und Bewahranstalt anzuordnen. Sofern sich die Bestimmung auf nicht zurechnungsfähige Täter bezieht, ist sie ganz überflüssig, ja unverständlich, weil das Gesetz in keinem Falle von Unzurechnungsfähigkeit infolge geistiger Erkrankung Stellung unter Aufsicht zuläßt, sondern in allen diesen Fällen obligatorisch freiheitsentziehende Maßnahmen anordnet (vgl. Artikel 223). Somit kann sich Artikel 234 nur auf die wegen geistiger Erkrankung zu einer verminderten Strafe verurteilten Personen beziehen. Aus Artikel 220 geht aber hervor, daß auch die meisten Täter dieser Kategorie obligatorisch einer freiheitsentziehenden Sicherungsmaßnahme unterworfen werden. Nur wenn es sich um ein fahrlässiges Verbrechen oder um ein Verbrechen, auf das nur Geldstrafe gesetzt ist, oder um eine Übertretung handelt, kann an Stelle der freiheitsentziehenden Sicherungsmaßnahme Stellung unter Aufsicht angeordnet werden. Es ergibt sich daraus, daß Artikel 234 nur in relativ wenigen Fällen in Betracht kommen wird. Nichtsdestoweniger soll darauf hingewiesen werden, daß Artikel 234 die Gefahr einer Klassenjustiz heraufbeschwört. Dem Gesetzgeber lag diese Absicht sicherlich fern; in der praktischen Ausführung würde Artikel 234 aber dazu führen, daß der wohlhabende Täter *ceteris paribus* gegenüber einem unbemittelten im Vorteil wäre. Denn in sozial höherstehenden Familien wird sich leichter eine Person finden lassen, welche die Beaufsichtigung des Täters zu übernehmen gewillt ist, als im proletarischen Milieu; und sollte niemand dazu freiwillig sich bereit erklären, so wird sich doch jemand gegen Entgelt hierfür engagieren lassen. Somit sind strafrechtlich äquale Fälle denkbar, die je nach der pekuniären Situation des Rechtsbrechers einen sehr verschiedenen Ausgang nehmen könnten; der Wohlhabende käme ins Sanatorium, der Unbemittelte aber in die den Charakter einer Zwischenanstalt tragende, somit stark gefängnisähnliche Heil- und Bewahranstalt.

Hinsichtlich des Wirtshausverbotes können wir uns kurz fassen. Diese Maßregel kann in ganz kleinen Ortschaften Nutzen stiften; in einigermaßen größeren Ortschaften scheitert sie an der Unmöglichkeit einer Kontrolle.

Wir wenden uns nunmehr den freiheitsentziehenden Sicherungsmaßnahmen des Entwurfs zu. Auch hier begegnen wir einer großen Auswahl von Möglichkeiten. Artikel 217 regelt die Überweisung an eine Landkolonie oder an ein Arbeitshaus. Es handelt sich hier im wesentlichen um die gegenüber Gewohnheitsverbrechern nach Vollzug der Strafe

anzuwendenden Sicherungsmaßnahmen, also etwa um das, was der deutsche und der österreichische Entwurf in den Bestimmungen über die sog. Sicherungsverwahrung vorsehen. Der Psychiater ist an Artikel 217 deshalb interessiert, weil auch die sog. Verbrecher aus Hang, also die Instinktverbrecher, nach Verbüßung ihrer Strafe an eine Landkolonie oder an ein Arbeitshaus zu überstellen sind. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Vorentwurfs über die Instinktverbrecher ganz verfehlt sind. Die Instinktverbrecher stellen sowohl vom psychologischen, als auch vom kriminalpolitischen Standpunkte aus betrachtet eine ganz andere Gruppe dar als die Gewohnheitsverbrecher. Die Unterbringung dieser beiden voneinander wesensverschiedenen Kategorien in der gleichen Anstalt ist somit weder wissenschaftlich noch praktisch gerechtfertigt. Die Verfasser des Vorentwurfs erkennen dies auch, ziehen aber aus ihrer Erkenntnis nur die vollkommen unzulängliche Konsequenz, daß sie im Artikel 219, Absatz 1 anordnen, daß in den Arbeitshäusern und Landkolonien besondere Abteilungen für die Gewohnheitsverbrecher und für die Verbrecher aus Hang zu errichten sind. Wozu erst die Vereinigung, wenn dann innerhalb der Anstalt doch wieder eine Trennung erfolgen soll? Vom psychiatrischen Standpunkt aus wäre es natürlich viel richtiger, wenn man die Verbrecher aus Hang, welche ja Menschen mit *krankhaften* Trieben sind, statt in ein Arbeitshaus in eine Zwischenanstalt brächte, also in die nach Artikel 220 zu errichtende Heil- und Bewahranstalt, in welcher außer den vermindert Zurechnungsfähigen nach Artikel 222 auch die kriminellen Trinker und sonstigen Süchtigen zu internieren sind.

Artikel 223 beschäftigt sich mit der Unterbringung in einer gerichtlichen Irrenanstalt. Die Unterbringung in einer gerichtlichen Irrenanstalt wird bei Freispruch infolge Geisteskrankheit oder dauernder Vergiftung durch Alkohol oder betäubende Stoffe angeordnet, außer wenn es sich um Übertretungen, fahrlässige Verbrechen oder um andere Verbrechen, für die das Gesetz eine Höchststrafe von nicht mehr als zwei Jahren Gefängnis festsetzt, handelt. In diesen Fällen verfügt der Richter nach Feststellung der Gefährlichkeit des Freigesprochenen die Unterbringung in einer besonderen Abteilung der allgemeinen Irrenanstalten.

Das Studium des Artikels 223 ergibt zunächst, daß bei Freispruch infolge Geisteskrankheit oder dauernder Vergiftung durch Alkohol oder betäubende Stoffe die Unterbringung in der gerichtlichen Irrenanstalt *obligatorisch* ist, wenn es sich um ein nicht fahrlässiges Verbrechen handelt, das von einer 2 Jahre Gefängnis übersteigenden Höchststrafe bedroht ist. In diesen Fällen findet eine vorherige Prüfung der sozialen Gefährlichkeit des unzurechnungsfähigen Täters nicht statt; hier wird die soziale Gefährlichkeit ausnahmslos gesetzlich vermutet. Im deutschen und österreichischen Entwurf hingegen werden sichernde Maßnahmen gegenüber unzurechnungsfähigen Tätern nur in jenen Fällen

angewendet, wo es die öffentliche Sicherheit erfordert. Hat jemand in einer akuten Geistesstörung ein Verbrechen begangen und wird er als nicht zurechnungsfähig freigesprochen, so muß er nach Artikel 223 des italienischen Vorentwurfs unter allen Umständen in einer gerichtlichen Irrenanstalt interniert werden, auch wenn die Geistesstörung inzwischen geheilt ist und die soziale Gefährlichkeit nicht mehr besteht. Nach dem deutschen und österreichischen Entwurf hat die Internierung des unzurechnungsfähigen Täters stets die Feststellung seiner sozialen Gefährlichkeit zur Voraussetzung.

Es ist bekannt, daß in den klassischen Psychosen eigentlich ziemlich wenige Verbrechen begangen werden. Die meisten Täter, die wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen werden müssen, sind Psychopathen mit krimineller Veranlagung, bei welchen die schon dauernd vorhandene Anomalie sich episodisch zu einer Psychose steigert. Bei derartigen Personen besteht nach dem Abklingen der Psychose die Gemeingefährlichkeit weiter fort und *Wagner-Jauregg* hat mit Recht als einer der ersten auf die Notwendigkeit der Internierung in solchen Fällen hingewiesen¹. Wenn es sich aber um einen unzurechnungsfähigen Täter handelt, der vor seiner akuten psychischen Erkrankung keine Zeichen krimineller Veranlagung zeigte, so ist wohl in dem überwiegenden Teil dieser Fälle anzunehmen, daß die Gemeingefährlichkeit die Psychose nicht überdauern wird. Eine Internierung solcher Täter nach Abheilung der akuten Geistesstörung erscheint daher im Interesse der öffentlichen Sicherheit nicht mehr notwendig. Somit ist in dieser Frage der Standpunkt des deutschen und des österreichischen Entwurfs der richtigere.

Eine Differenzierung der unzurechnungsfähigen Täter nach dem Kriterium der vorhandenen oder fehlenden kriminellen Veranlagung erscheint uns noch von einem anderen Standpunkt aus berechtigt. Man wird wohl kaum bezweifeln können, daß die Internierung in einer gerichtlichen Irrenanstalt von der Öffentlichkeit als etwas Diffamierendes angesehen werden wird. Es erscheint uns nicht berechtigt, alle unzurechnungsfähigen Täter dieser Diffamierung auszusetzen. In Fällen, wo eine kriminelle Veranlagung nicht besteht, erscheint es uns nicht anständig, den geisteskranken Täter durch die Unterbringung in einer Kriminalirrenanstalt dauernd vor der Öffentlichkeit bloßzustellen, um so mehr als in derartigen Fällen die Unterbringung in einer gewöhnlichen Irrenanstalt eine ausreichende Sicherungsmaßnahme wäre und derartige Personen auch für die Unterbringung in einer gewöhnlichen Irrenanstalt durchaus geeignet sind. Der Gesetzgeber sollte hier auch auf die

¹ *Wagner-Jauregg* und *Benedikt*: Die Behandlung krimineller Geisteskranker. Ref., erstattet in der österr. Irrengesetzenquete 1902. Veröffentl. bei Alfred Hölder in Wien. — *Wagner-Jauregg*: Über die Versorgung krimineller Geisteskranker. Jb. f. Psychiatr. 21, 424 (1902).

Angehörigen des geisteskranken Täters Rücksicht nehmen, welchen es gewiß nicht gleichgültig sein kann, ob die Internierung in einer Kriminalirrenanstalt oder in einer gewöhnlichen Irrenanstalt erfolgt.

Bei leichteren Delikten unzurechnungsfähiger Täter ordnet Artikel 223 des italienischen Vorentwurfs an, daß die Unterbringung in einer besonderen Abteilung der allgemeinen Irrenanstalt zu erfolgen habe. Uns erschiene es richtiger, wenn der Ort der Internierung nicht nach der Schwere des begangenen Deliktes, sondern nach dem Vorhandensein oder Fehlen einer kriminellen Veranlagung des unzurechnungsfähigen Täters gewählt würde.

Gegen die Errichtung besonderer Abteilungen für kriminelle Geistesranke in allgemeinen Irrenanstalten habe ich seinerzeit schon Stellung genommen. Eine Wiederholung der angeführten Gründe würde zu weit führen. Ich muß mich hier demnach mit einem Hinweis auf meine früheren Darlegungen begnügen¹ und möchte nur noch fragen, welchem Zweck die zu errichtenden „festen Häuser“ der allgemeinen Irrenanstalten dienen sollen, wenn man ohnehin die Absicht verfolgt, eigene Kriminalirrenanstalten zu schaffen.

Ein bedeutender Mangel des Artikels 223 ist darin gelegen, daß sichernde Maßnahmen nur bei einem Freispruch wegen Unzurechnungsfähigkeit zulässig sind. Hingegen sieht der Entwurf keine sichernden Maßnahmen in jenen Fällen vor, wo das Verfahren schon vor der Hauptverhandlung wegen Unzurechnungsfähigkeit des Täters eingestellt wurde.

Wir begegnen hier demselben Fehler wie im § 56 des deutschen Entwurfs. Der österreichische Entwurf vermeidet hingegen diesen Fehler durch eine geschicktere Textierung seines § 56. Es ist dies ein von den Autoren bisher zu wenig beachteter Unterschied zwischen dem deutschen und dem österreichischen Entwurf.

Wenn wir das bisher über die sichernden Maßnahmen Gesagte zusammenfassen, so müssen wir zunächst feststellen, daß der Vorentwurf hier eine sachlich nicht begründete Überzahl von Anstaltstypen schafft. Eine Aufzählung dieser Typen ergibt: Die gerichtlichen Irrenanstalten, die besonderen Abteilungen der allgemeinen Irrenanstalten, die Heil- und Bewahranstalten, innerhalb welcher die Alkoholiker und übrigen Süchtigen gemäß Artikel 222 wieder in besonderen Abteilungen unterzubringen sind, die Landkolonien und die Arbeitshäuser, beide wieder mit besonderen Abteilungen für die Verbrecher aus Hang, schließlich die gerichtlichen Besserungsanstalten für Minderjährige.

Diese vielen Anstaltstypen sind natürlich ganz überflüssig. *Raimann*²

¹ Die Unterbringung der unzurechnungsfähigen und der vermindert zurechnungsfähigen Rechtsbrecher. *Jb. f. Psychiatr.* 46, H. 1.

² *Raimann*: Geminderte Zurechnungsfähigkeit und sichernde Maßnahmen. *Allg. österr. Gerichts-Ztg* 1911, Nr 17.

und *ich*¹ haben gezeigt, daß man hier mit viel weniger Anstaltstypen das Auslangen finden kann.

Für alle Formen der Detention sind im italienischen Vorentwurf Minimalfristen vorgesehen, vor deren Ablauf eine Entlassung der Angehaltenen unter gar keinen Umständen stattfinden darf. Diese Minima sind zum Teil sehr hoch, so beträgt beispielsweise die Minimalfrist der Internierungsdauer in der gerichtlichen Irrenanstalt 10 Jahre, wenn auf das Delikt, welches von dem unzurechnungsfähigen Täter begangen wurde, eine gesetzliche Mindeststrafe von 5 oder eine Höchststrafe von mehr als 10 Jahren Gefängnis vorgesehen ist. Die Minimaldauer der Internierung in der gerichtlichen Irrenanstalt kann demnach unter Umständen beträchtlich größer sein als die Dauer der Strafe, welche *ceteris paribus* bei Begehung der Tat in zurechnungsfähigem Zustande verwirkt worden wäre. Gegen diese Minima der Internierungsdauer kann der theoretische Einwand erhoben werden, daß sie mit einer Grundidee der Sicherungsanstalten nicht in Übereinstimmung stehen. Es soll ja grundsätzlich die Dauer der Internierung in den Sicherungsanstalten nicht im Augenblicke des Eintrittes in die Anstalt, sondern erst später auf Grund der an dem Internierten vorgenommenen Beobachtungen bestimmt werden und es widerstreitet dieser Absicht, wenn von vornherein ein Minimum der Internierungsdauer festgesetzt wird. Dieses Argument ist in der literarischen Diskussion von denjenigen Autoren vorgebracht worden, welche zwischen Strafe und Sicherung eine scharfe Grenze erblicken. Ich selbst vermag allerdings, wie ich in früheren Arbeiten mehrfach eingehend dargelegt habe, diese scharfe Grenze nicht zu sehen. Strafanstalten und Sicherungsanstalten dienen beide den gleichen Zwecken der Besserung und Sicherung; vorläufig ist es auch noch nicht möglich, wirklich durchgreifende Unterschiede zwischen der inneren Organisation der Strafanstalten und der Sicherungsanstalten zu erblicken. In diesem Punkte bin ich mit *Wilmans* einig. In den Fällen, in welchen sich die Detention der Strafe anschließt, wirkt sie sich *de facto* als integrierender Bestandteil der Strafe aus und es ist nicht weiter störend, wenn sie, genau wie die Strafe selbst, nach unten begrenzt ist. Anders liegt der Fall aber bei Geisteskrankheit des Täters, wenn überhaupt keine Strafe verhängt wird. Ob da die Festsetzung einer Minimalfrist der Verwahrung in der Kriminalirrenanstalt eine Berechtigung hat, muß zumindest als sehr zweifelhaft erklärt werden. In die Irrenanstalt gehören nur Geistesranke, nicht aber Personen, deren Psychose — vielleicht schon seit Jahren — nicht mehr besteht.

Es wird zum Verständnis der ganzen Sache vorteilhaft sein, auf die Gründe einzugehen, welche zu der Festsetzung der Minimalfristen für

¹ Die strafrechtliche Behandlung und Unterbringung der Geisteskranken und psychopathischen Verbrecher. Jb. f. Psychiatr. 45, H. 3.

die verschiedenen Formen der Sicherungsanstalten geführt haben. Der Hinblick auf die Generalprävention soll dabei eigentlich keine Rolle spielen, wenngleich nicht bezweifelt werden kann, daß die sichernden Maßnahmen auch dem Abschreckungsprozeß dienen werden, vielleicht sogar mehr als manche der eigentlichen Strafmaßnahmen. Es zeigt sich eben überall, daß der angeblich so scharfe Unterschied zwischen Strafe und Sicherungsverwahrung nur in der Theorie besteht. Der Hauptgrund, welcher zu der Festsetzung der Minimalfristen geführt hat, ist offensichtlich die Erkenntnis, daß es uns an verlässlichen Kriterien zur Beurteilung der Frage, ob der Internierte noch gemeingefährlich ist oder nicht, fehlt. Aus dieser Erkenntnis resultiert natürlich die Angst des Gesetzgebers vor verfrühter Entlassung und infolge dieser Angst wirft er alle theoretischen Bedenken über Bord und setzt eine Minimalfrist der Sicherungsverwahrung im Hinblick auf die Schwere der begangenen Tat fest. Da eine Lösung des Problems vorderhand nicht möglich erscheint, sieht der Gesetzgeber den rettenden Ausweg in einem Kompromiß. Was aber soll geschehen, wenn die Minimalfrist abgelaufen ist? Die gleiche Unsicherheit hinsichtlich der Entlaßbarkeit des Internierten besteht ja auch dann fort. Wir müssen offen gestehen, daß wir in dieser Frage das Kernproblem der ganzen Sicherungsidee erblicken. Wir fürchten, daß, so lange dieses Problem nicht gelöst ist, die Sicherungsanstalten nicht mehr leisten werden als die bisher üblichen Strafverlängerungen beim Rückfall.

Kehren wir zu den Kriminalirrenanstalten zurück. Ihre Insassen sollen diejenigen Täter sein, die infolge einer Geisteskrankheit gemeingefährlich würden, also Personen, von welchen im allgemeinen angenommen werden darf, daß sie nach Abheilung ihrer Geisteskrankheit nicht weiter gemeingefährlich sein werden. Die geisteskranken Täter sind somit diejenige Kategorie, bei der das Ende der Gemeingefährlichkeit noch am sichersten — und zwar auf Grund psychiatrischer Kriterien — festgestellt werden kann. Wenn eine Mutter unter dem Einflusse melancholischer Wahnideen ihr Kind getötet hat, so hat es keinen Sinn, diese Frau über die Heilung ihrer Melancholie hinaus zu verwahren. Man kann die Genesene noch jahrelang internieren und ist dadurch doch nicht imstande zu verhindern, daß diese Frau später einmal in einem Rezidiv ihrer Geisteskrankheit neuerlich kriminell wird. Die Festsetzung einer Minimalfrist der Internierung bei Unzurechnungsfähigkeit des Täters ist daher sachlich nur dort begründet, wo der Täter schon vor seiner geistigen Erkrankung eine kriminelle Veranlagung zeigte. In solchen Fällen, aber nur in solchen, wird es begründet sein, den für unzurechnungsfähig erklärten Täter auch nach der Abheilung seiner Geisteskrankheit weiter zu verwahren; allerdings sollte diese Verwahrung dann nicht mehr in einer Irrenanstalt, sondern in einer Zwischenanstalt erfolgen. Die von *Wagner-Jauregg* geforderte verschiedene Behandlung der unzurechnungs-

fähigen Täter, je nachdem, ob sie schon vor der Psychose eine kriminelle Veranlagung zeigten oder nicht, erweist sich daher als notwendig.

Eine obere Begrenzung der Verwahrungsdauer in den Sicherungsanstalten sieht der italienische Entwurf in keinem Falle vor. Der deutsche und der österreichische Entwurf setzen für bestimmte Sicherungsmaßregeln zeitliche Höchstgrenzen fest, so für die erstmalige Unterbringung in einem Arbeitshaus und für jede Unterbringung in einer Trinker- oder Entziehungsanstalt. In diesen Fällen darf die Verwahrung nicht länger als 2 Jahre dauern. Die Kritik hat diese Einschränkung namentlich im Hinblick auf die Trinker allgemein getadelt und es ist ja in der Tat nicht einzusehen, warum die kriminellen Trinker schonender behandelt werden sollen als die übrigen kriminellen Psychopathen.

In bezug auf die psychiatrisch wichtigsten Kategorien der unzurechnungsfähigen und der vermindert zurechnungsfähigen Verbrecher besteht zwischen dem italienischen Vorentwurf und dem deutschen bzw. österreichischen Entwurf folgender Unterschied: Der deutsche und der österreichische Entwurf ordnen an, daß die Unterbringung der unzurechnungsfähigen und der vermindert zurechnungsfähigen Rechtsbrecher in einer Heil- oder Pflegeanstalt 3 Jahre nur dann übersteigen darf, wenn das Gericht sie vor Ablauf dieser Frist von neuem für zulässig erklärt oder anordnet. Der italienische Vorentwurf hingegen verfügt im Artikel 206, daß der Richter bei Anordnung der Sicherungsmaßnahme eine Frist bestimmt, nach deren Ablauf er zu einer Nachprüfung der Gefährlichkeit schreitet. Diese Frist darf nicht geringer als die im Gesetz bestimmte Minimalfrist sein.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß diese Bestimmung des italienischen Entwurfs geeignet ist, den ganzen Sicherungsgedanken zu diskreditieren. Während nach dem deutschen und nach dem österreichischen Entwurf das Gericht verhalten sein wird, zumindest alle 3 Jahre eine Nachprüfung der Gefährlichkeit des Verwahrten vorzunehmen und, falls es die weitere Verwahrung für notwendig erachten sollte, seine Verfügung selbstverständlich auch zu begründen haben wird, soll es der italienische Richter leichter haben. Er kann schon bei der Anordnung der sichernden Maßnahme eine nur von seinem Ermessen abhängige, durch keine Höchstgrenze beschränkte Verwahrungsfrist festsetzen; und selbst wenn er nachher die Überzeugung gewinnen sollte, daß der Verwahrte nicht mehr gefährlich ist, wird er nicht verhalten sein, den Verwahrten aus der Internierung zu entlassen. Denn der letzte Absatz des Artikels 206 gestattet zwar dem Richter nach Ablauf der Minimalfrist jederzeit zu neuen Feststellungen zu schreiten, wenn er Grund zu der Annahme hat, daß die Gefährlichkeit des Verwahrten nicht mehr weiter besteht, aber von einer Verpflichtung des Richters dazu ist bezeichnenderweise nicht die Rede.

Man kann sich nur schwer vorstellen, daß diese Vorschläge wirklich Gesetz werden sollten. Die Übertragung einer derartigen geradezu absolutistischen Machtfülle an den Richter setzt eine Unfehlbarkeit des richterlichen Urteils voraus, die in keinem Lande der Erde besteht. Wenn man diese Vorschläge liest, so verstärkt sich ein Eindruck, den man auch sonst vielfach beim Studieren dieses Entwurfs gewinnt, der Eindruck nämlich, daß an Stelle einer geregelten Rechtsprechung schrankenlose Willkür in der Behandlung des Rechtsbrechers tritt. Für den Arzt ergibt sich noch die peinliche Feststellung, daß die Opfer dieser Willkür in erster Reihe die unzurechnungsfähigen und die vermindert zurechnungsfähigen Rechtsbrecher sein werden.

VIII. Sonstige psychiatrisch wichtige Bestimmungen.

Wir wollen uns hier, um Weitläufigkeiten aus dem Wege zu gehen, nur auf einige Punkte beschränken. Wie alle modernen Strafgesetzentwürfe beschäftigt sich auch der italienische Vorentwurf mit der Hypnose. Artikel 754 bestraft die mißbräuchliche Anwendung der Hypnose. Die Vornahme einer Hypnose ist nur gestattet, wenn sie zu therapeutischem Zweck von einer Person, die befugterweise den Heilberuf ausübt, vorgenommen wird. Jede andere Anwendung der Hypnose ist verboten; auch zu wissenschaftlichen Zwecken vorgenommene hypnotische Experimente sind untersagt. Die Strafe, die auf mißbräuchliche Vornahme der Hypnose gesetzt ist, beträgt Haft von 1 bis zu 6 Monaten oder Geldbuße von 300—5000 Lire. Mit Rücksicht darauf, daß die Vornahme der Hypnose durch Kurpfuscher und gewissenlose „Experimentatoren“ mitunter von sehr bedeutenden Folgen begleitet sein kann — wir selbst sahen mehrfach Geisteskrankheiten nach Laienhypnosen entstehen —, ist die Strenge des Entwurfs in dieser Frage zu begrüßen.

Mit der Hypnose als Mittel zur Verbrechensanstiftung beschäftigt sich Artikel 49 in Verbindung mit Artikel 82 des Vorentwurfs. Nach Artikel 16 bleibt straflos, wer die Tat begangen hat, weil er dazu von anderer Seite mittels physischer Gewalt, der er nicht widerstehen und sich nicht entziehen konnte, gezwungen war. In diesem Fall ist für die seitens der genötigten Person begangene Handlung derjenige verantwortlich, der sie mittels Gewalt zum Handeln gezwungen hat. Der physischen Gewalt gleichgesetzt wird nun im Artikel 16 die Betäubung durch Alkohol oder andere Giftstoffe, weiters der Zwang durch hypnotische Suggestion oder Suggestion im Wachzustande. In den erwähnten Fällen wird die Strafe des Anstifters gemäß Artikel 82 verdupelt.

Es ist bedauerlich, daß gewisse übertriebene Ansichten über die Wirkungsmöglichkeiten der Hypnose in den Kreisen der Gesetzgeber noch immer vorhanden sind, obwohl bisher kein einziger Fall bekannt geworden ist, der zu beweisen vermöchte, daß jemand gegen seinen Willen

durch hypnotischen Einfluß zur Begehung einer verbrecherischen Handlung gezwungen wurde. Keines der in der Literatur angeführten Beispiele konnte einer kritischen Überprüfung standhalten, so daß wir einstweilen wohl berechtigt sind zu fordern, daß derjenige, der behauptet, unter dem Einfluß einer Hypnose eine bestimmte verbrecherische Tat begangen zu haben, nicht anders beurteilt werde als jeder andere, der sich durch irgendeine Form des Zuredens zu der verbrecherischen Handlung hat bestimmen lassen. Der italienische Vorentwurf geht aber noch weiter, indem er gar einen Zwang durch Wachsuggestion als Strafausschließungsgrund anerkennt. Das ist wissenschaftlich ganz unbegründet. Schließlich ist jede gelungene Verleitung zu einer verbrecherischen Handlung eine geglückte Wachsuggestion. Der Strafausschließungsgrund könnte demnach nur in einer krankhaft gesteigerten Beeinflußbarkeit des Verführten gelegen sein. Sofern der Gesetzgeber diese Zustände meint, bedürfte es aber keiner besonderen Hervorhebung; wo die Verleitung zum Verbrechen nur gelang, weil sich der Verleitete infolge einer krankhaften Veränderung seiner seelischen Funktionen in einem Zustand erheblich gesteigerter Suggestibilität befand, sind selbstverständlich alle Voraussetzungen für die Anwendung des allgemeinen Unzurechnungsfähigkeitsparagraphen gegeben. Die besondere Erwähnung der Wachsuggestion im Artikel 49 war somit überflüssig. Es ist auch leicht vorauszusehen, welche Wirkungen die besondere Erwähnung der Wachsuggestion auf den Verlauf künftiger Prozesse nehmen wird. Die Behauptung, durch Wachsuggestion zum Verbrechen verleitet worden zu sein, wird bald eine beliebte Ausrede der Angeklagten werden und voraussichtlich ebenso häufig wiederkehren wie die Erzählungen hysterischer Frauenpersonen von Vergewaltigungen durch Hypnose.

Mit den wenigen Bemerkungen über Hypnose und Wachsuggestion ist das Problem des psychologischen unwiderstehlichen Zwangs für die Verfasser des italienischen Strafgesetzentwurfs erledigt. Es wäre ungerecht sie aus diesem Grunde anzugreifen. Gehen doch vorerst auch alle übrigen Strafgesetzentwürfe diesem Problem scheu aus dem Wege.

Eine interessante Lösung findet im italienischen Vorentwurf der Versuch eines Verbrechens mit einem untauglichen Mittel oder an einem untauglichen Objekt. Bekanntlich gehen die Ansichten der einzelnen Strafrechtler in diesem Punkt noch weit auseinander. Die einen fordern volle Bestrafung, die anderen Strafmilderung, die dritten gänzliche Straffloslassung. Der deutsche und der österreichische Entwurf (§ 26) gestatten dem Richter, in besonders leichten Fällen gänzlich von einer Bestrafung abzusehen; in den übrigen Fällen kann der Richter die Strafe mildern, zwingend vorgeschrieben wird die Milderung der Strafe jedoch nicht. Der Richter hat somit die Möglichkeit, der psychologischen Eigenart des Falles weitgehend Rechnung zu tragen. Der italienische Vorentwurf bestimmt im Artikel 52, Absatz 2, daß keine

strafbare Handlung vorliegt, wenn infolge Nichttauglichkeit der Handlung oder Nichtbestehens des Gegenstandes derselben der schädigende oder gefährliche Erfolg objektiv unmöglich ist. Doch kann der Richter in diesen Fällen stets anordnen (Artikel 52, Absatz 4), daß der freigesprochene Angeklagte einer Sicherungsmaßnahme unterstellt werde. Diese Lösung ist auch für denjenigen annehmbar, der wie ich meint, daß es psychiatrisch unbegründet ist, den Versuch mit einem untauglichen Mittel oder an einem untauglichen Objekt generell milder zu bestrafen als irgendeinen anderen Verbrechensversuch.

Obwohl alle Strafrechtler darin einig sind, daß kurze Freiheitsstrafen in kriminalpolitischer Hinsicht geradezu schädlich wirken, weil sie für den Besserungszweck ganz untauglich sind und überdies noch die bei den meisten Unbescholtenen vorhandene instinktive Scheu vor der Berührung mit der Strafanstalt ausmerzen, finden wir die untere Grenze der Freiheitsstrafe im italienischen Vorentwurf mit 10 Tagen festgesetzt. Leider ist es diesbezüglich im deutschen und österreichischen Strafgesetzentwurf noch ärger, denn hier beträgt die geringste Haftstrafe gar nur einen Tag. Diese kurzen Freiheitsstrafen wären durch geeignetere Strafmaßnahmen zu ersetzen, eine Forderung, für die unter anderen besonders *Aschaffenburg* eingetreten ist.

Von besonderem Interesse für die Psychiater sind die Artikel 737 bis 739 des italienischen Vorentwurfs. Hier sind Strafen vorgesehen für denjenigen, der einen Geisteskranken ohne Anordnung oder Genehmigung der Behörde in eine Heilanstalt aufnimmt oder in private Obhut nimmt, weiters für denjenigen, der mit der Aufsicht über einen Geisteskranken betraut, seine Pflicht zur Überwachung vernachlässigt oder im Falle des Entweichens der zur Aufsicht anvertrauten geisteskranken Person die Anzeige an die Behörde unterläßt. Diese Bestimmungen sind außerordentlich begrüßenswert. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß ich schon vor Jahren verlangt habe, daß die Vernachlässigung der übernommenen Beaufsichtigung eines Geisteskranken unter Strafsanktion gestellt werde¹. In der gleichen Abhandlung habe ich weiters gefordert, daß auch derjenige, der einen Geisteskranken, der in einer Anstalt interniert ist, befreit oder ihm das Entweichen aus der Anstalt erleichtert, mit Strafe belegt werde. Diese Forderung ist bisher nur teilweise verwirklicht worden, nämlich nur hinsichtlich jener Geisteskranken, die zufolge gerichtlicher Verfügung in einer Sicherungsanstalt untergebracht sind. § 201 des deutschen und österreichischen Entwurfs drohen demjenigen Strafe an, der den Vollzug einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Besserung oder Sicherung ganz oder zum Teil vereitelt. Die entsprechende Bestimmung des italienischen Vorentwurfs findet sich im Artikel 398, dessen erster Absatz folgender-

¹ Jb. f. Psychiatr. 42, H. 1, 83.

maßen lautet: „Wer das Entweichen einer Person, die einer freiheitsentziehenden Sicherungsmaßnahme unterstellt ist, herbeiführt oder erleichtert oder die entwichene Person verborgen hält oder irgendwie begünstigt, daß sie sich den Nachforschungen der Behörde entzieht, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft.“ Hinsichtlich derjenigen Geisteskranken, die sich nicht zufolge einer vom Gericht angeordneten Sicherungsmaßnahme sondern aus den gewöhnlichen medizinischen Gründen in einer Heilanstalt befinden, fehlt es sowohl im deutschen und österreichischen Entwurf als auch im italienischen Vorentwurf an einer allgemeinen Bestimmung, welche die Befreiung dieser Kranken aus der Anstalt oder die Begünstigung ihres Entweichens unter Strafsanktion stellen würde. Nur wenn der Täter eine Person ist, welche mit der Überwachung des Geisteskranken betraut war, ist nach Artikel 738, Absatz 2 des italienischen Vorentwurfs eine Verfolgung des Schuldtragenden möglich. Nach dem deutschen und österreichischen Entwurf ist selbst in diesem Falle keine gerichtliche Ahndung möglich. Der Krankenwärter, der sich durch Bestechung verleiten läßt, einen Geisteskranken, der ihm zur Aufsicht anvertraut war, aus der Irrenanstalt zu befreien, begeht nach dem deutsch-österreichischen Entwurf keine strafgerichtlich verpönte Handlung, sondern nur ein Disziplinar delikt. Ich habe wiederholt, bisher allerdings ohne Erfolg, auf diese Lücke des Gesetzes aufmerksam gemacht. Zu fordern ist, daß jedermann bestraft werde, der einem in einer Heilanstalt internierten Geisteskranken zur Flucht verhilft, wobei es einen erschwerenden Umstand zu bilden hätte, wenn der Täter ein Aufsichtsorgan der Anstalt ist.

Ernste Bedenken muß der Artikel 740 des italienischen Vorentwurfs erwecken. Dieser Artikel schafft eine Strafbestimmung für den Arzt, „der einer Person, die mit Geisteskrankheit behaftet ist und sich als für sich selbst oder für andere gefährlich erweist oder dessen verdächtig zeigt, Beistand geleistet oder sie beobachtet hat und es unterläßt, davon der Behörde Anzeige zu machen“. Die Strafe ist Geldbuße von 300 bis 3000 Lire. Diese Bestimmung findet nach Absatz 2 des Artikels 740 auch Anwendung, wenn der Kranke mit chronischer Vergiftung durch Alkohol oder betäubende Stoffe behaftet ist.

Die Befolgung dieser Bestimmung würde jede psychiatrisch-ärztliche Tätigkeit geradezu unmöglich machen. Der Autor, der diesen Artikel 740 verfaßt hat, besitzt anscheinend eine recht geringe Kenntnis von der praktischen Berufstätigkeit des Psychiaters. Gewiß ist die Frage, in welchen Fällen eine Verletzung des irrenärztlichen Berufsgeheimnisses aus höheren sittlichen Gründen gesetzlich gestattet werden soll, nicht leicht zu beantworten. Ich selbst habe seinerzeit anläßlich eines erlebten Falles gezeigt, welche Gewissenskonflikte für den Arzt aus der Pflicht zur Wahrung des Berufsgeheimnisses entstehen können ¹.

¹ Zur Frage des irrenärztlichen Berufsgeheimnisses. Wien. med. Wschr. 1926, Nr 3.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß eine gesetzliche Bestimmung erforderlich ist, die den Arzt schützt, der sich nach gewissenhafter Abwägung der einander gegenüberstehenden Interessen aus ethisch achtenswerten Motiven entschlossen hat, ein Berufsgeheimnis zu offenbaren. Hingegen ist größte Vorsicht notwendig, wenn das Gesetz daran geht, einen Zwang zur Offenbarung des ärztlichen Berufsgeheimnisses in gewissen Fällen einzuführen. Man wird sich vor Augen halten müssen, daß gerade psychisch Kranke und ihre Angehörigen Bedenken tragen werden, sich dem Arzte anzuvertrauen, wenn sie nicht mehr mit Sicherheit auf die Geheimhaltung ihrer Mitteilungen rechnen können. Die Folge davon wird sein, daß viel weniger Fälle von Geistesstörung zur rechtzeitigen Kenntnis der Ärzte kommen werden als jetzt. So werden sich zahlreiche Unglücksfälle ereignen, die jetzt durch die geräuschlose Intervention der praktisch tätigen Psychiater verhindert werden können. Es kann kaum bezweifelt werden, daß die beabsichtigte Gesetzesbestimmung weit mehr Schaden als Nutzen stiften wird. Ich kann mir eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenbarung des ärztlichen Berufsgeheimnisses überhaupt nicht vorstellen, da es bei der Ungleichheit der einzelnen Fälle nicht möglich ist, eine allgemeine Formel zu finden, welche in jedem Falle anwendbar wäre. Unter diesen Umständen wäre es meines Erachtens richtiger, auf den im Artikel 740 beabsichtigten Offenbarungszwang zu verzichten. Ich glaube, daß man es ruhig auch weiterhin den Ärzten selbst überlassen kann zu entscheiden, in welchen Fällen die Schweigepflicht einem höheren sittlichen Gebot zuliebe hintangesetzt werden soll. Die moderne Gesetzgebung hält es für notwendig, diesen Fall durch eine zum Schutze der Ärzte gedachte Bestimmung ausdrücklich hervorzuheben. Im deutsch-österreichischen Entwurf geschieht dies im § 325, Absatz 3. Der Arzt, der das Berufsgeheimnis verletzt, ist straffrei, wenn er das Geheimnis „zur Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen oder privaten Interesses offenbart, das nicht auf andere Weise gewahrt werden kann, und wenn das gefährdete Interesse überwiegt.“ Eine Bestimmung von kautschukartiger Dehnbarkeit, die aber vom italienischen Vorentwurf noch übertroffen wird. Nach Artikel 636 des italienischen Vorentwurfs ist der Verrat eines Berufsgeheimnisses nur dann strafbar, wenn er „ohne berechtigten Grund“ erfolgte. Eine Erklärung dessen, was die Verfasser des Vorentwurfs in diesem Zusammenhange für einen berechtigten Grund ansehen, erfolgt nicht, obwohl kaum bezweifelt werden kann, daß gerade in diesem Punkt die Anschauungen sowohl der Ärzte als auch der Gerichte je nach der persönlichen Einstellung des Beurteilers sehr verschieden lauten werden. Hierzu kommt als weiterer Nachteil noch die derartigen Bestimmungen stets innewohnende Gefahr, daß sie die den Ärzten durch ihre Erziehung eingepflichtete Überzeugung von der Unverletzlichkeit des ärztlichen Berufsgeheimnisses erschüttern werden. Ich habe mich daher seinerzeit

bei Besprechung früherer Entwürfe gegen die Vorläufer des § 325, Absatz 3 des deutsch-österreichischen Entwurfs ausgesprochen¹ und darauf hingewiesen, daß für jene zum Glück seltenen Fälle, wo der Arzt aus ethischen Gründen sich gezwungen sieht das Berufsgeheimnis zu verletzen, ohnedies bereits durch die allgemeinen Bestimmungen über den Notstand ausreichend gesorgt ist, so daß besondere Bestimmungen hier nicht erforderlich sind.

Die Frage ist nur die, ob die Definition des Notstandes in den einzelnen Gesetzentwürfen eine glückliche ist. Der italienische Vorentwurf definiert den Notstand im Artikel 56, Absatz 1 folgendermaßen: „Straflos bleibt, wer die Tat begangen hat, weil er dazu durch die Notwendigkeit gezwungen war, sich oder andere aus einer gegenwärtigen Gefahr eines schweren Nachteiles der Person, zu dem er nicht von sich aus Anlaß gegeben hatte und dem er anderweit nicht entgehen konnte, zu retten.“ An dieser Definition fällt auf, daß Notstand vom Gesetzgeber nur dort anerkannt wird, wo die Handlung unternommen wurde, um einen schweren Nachteil „der Person“ zu verhindern. Extensiver und, wie mir scheinen will, zutreffender ist die Definition des Notstandes im § 25 des deutsch-österreichischen Entwurfs. Absatz 1 dieses Paragraphen lautet: „Im Notstand handelt, wer eine mit Strafe bedrohliche Handlung begeht, um eine gegenwärtige, nicht anders abwendbare Gefahr *eines erheblichen Schadens*² von sich oder einem anderen abzuwenden, wenn ihm oder dem Gefährdeten unter pflichtmäßiger Berücksichtigung der sich gegenüberstehenden Interessen nicht zuzumuten ist, den drohenden Schaden zu dulden.“ Ich glaube, daß diese Bestimmung vollständig genügt, um gewissenhafte Ärzte, die sich aus höherer sittlicher Pflicht zu einer Offenbarung des Berufsgeheimnisses entschließen mußten, vor ungerechtfertigter Verfolgung zu schützen.

VIII. Schlußbemerkungen.

Zum Schlusse noch einige Bemerkungen allgemeiner Natur. Wir haben gesehen, daß der italienische Vorentwurf versucht, ein erträgliches Kompromiß zwischen dem Schuldprinzip und dem Prinzip der sozialen Verantwortlichkeit zu schaffen. Er gleicht darin anderen Strafgesetzentwürfen, so vor allem dem deutsch-österreichischen Entwurf. Die Vereinigung zweier so verschiedener Grundprinzipien in einem Gesetz ist eine Aufgabe, die bisher nirgends gelöst worden ist, wohl auch nie restlos gelöst werden wird. Wir glauben aber, daß der deutsch-österreichische Entwurf der Lösung dieser Aufgabe immerhin wesentlich näher gekommen ist als der italienische Vorentwurf.

¹ Jb. f. Psychiatr. 42, H. 1, 71; Wien. med. Wschr. 1926, Nr 3.

² Diese Worte sind im Original nicht kursiv gedruckt. Verf.

Dieser Vorentwurf leidet überdies unter seiner Länge. Er besteht aus nicht weniger als 768 zum Teil sehr langatmigen Artikeln, während der deutsch-österreichische Entwurf nur 374 Paragraphen enthält. Es fehlt dem italienischen Vorentwurf außerdem jede Übersichtlichkeit, so daß das Studium und die Anwendung dieses Strafgesetzbuches auf nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten stoßen werden. Dazu kommt noch der Mangel einer Begründung. Gerade der italienische Vorentwurf, der in einer Reihe von Fragen einen so extremistischen Standpunkt einnimmt, bedürfte aber einer Begründung, zumal die Klarheit der Ausdrucksweise vielfach zu wünschen übrigläßt. Es soll aber loyalerweise zugestanden werden, daß diese Unklarheiten vielleicht nur für denjenigen bestehen, der nicht imstande ist, den Vorentwurf in der italienischen Sprache zu lesen.

Es war nicht Aufgabe dieser Studie, eine allgemeine Kritik des Vorentwurfs zu bringen. Wir haben uns darauf beschränkt, jene Bestimmungen zu erörtern, die in die Kompetenz des forensischen Psychiaters fallen. Mehr als die künftige Gestaltung des italienischen Strafgesetzes hat uns dabei die Frage interessiert, ob wir aus dem Entwurf *de Roccas* einiges für die Reform unseres eigenen Strafgesetzes lernen können. Wir haben uns bei unserer Kritik größter Objektivität befleißigt, trotzdem oder gerade weil der italienische Vorentwurf klar erkennbaren politischen Zielen zustrebt, die nicht die unserigen sind.

Wenn wir uns nun am Schlusse unserer Untersuchung nochmals die Frage vorlegen, ob der italienische Entwurf vom forensisch-psychiatrischen Standpunkte aus betrachtet einen Schritt nach vorwärts bedeutet, so glauben wir durch unsere Ausführungen bewiesen zu haben, daß diese Frage verneint werden muß.
